

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1951**

118 (22.5.1951)



BADISCHE

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Saar-Hoffmann verbietet Opposition

Der französische Außenminister Schuman veranlaßt das Verbot der Demokratischen Partei des Saargebietes

Drahtbericht unseres Bonner Dr. A.R.-Redaktionsmitglieds

Bonn. Die Regierung des Saargebietes hat gestern die Demokratische Partei des Saarlandes verboten.

Das Vermögen der Partei wurde beschlagnahmt. Bei dem Vorsitzenden der DPS Richard Becker und dem Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Dr. Schneider wurden Hausdurchsuchungen abgehalten.

Das Verbot der Demokratischen Partei des Saarlandes wurde durch einen Brief des französischen Außenministers Robert Schuman an die Saarregierung veranlaßt, wie dpa meldet.

In dem Brief des französischen Außenministers, den das saarländische Informationsamt den Saarzeitungen zur Verfügung stellte, betont Schuman, die französische Regierung habe die Tätigkeit der DPS mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die Ziele dieser Partei seien geeignet, das Verhältnis Frankreich-Saarland zu stören und insbesondere den wirtschaftlichen Anschluß zu gefährden. Die französische Regierung beauftragt die Saarregierung auf geeignete Maßnahmen aufmerksam machen zu müssen, durch die diese Gefahr beseitigt werden könne.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte dazu, dieses Verbot sei ein Zeichen der Schwächung der Stellung der saarländischen Regierung. Sie greife deshalb zu diesen Gewaltmethoden, weil ihr Prestige gemindert sei. Das Verbot sei auch die unmittelbare Reaktion auf die Haltung der französischen Regierung gegenüber den Wünschen der saarländischen Regierung hinsichtlich des Schumanplans.

Adenauer glaubt an berechnete Empörung  
Bundeskanzler Adenauer meinte, das Verbot werde dazu beitragen, daß die Saarbevöl-

kerung sich gegen diese undemokratischen Methoden eines undemokratischen Regimes empöre. Darunter verstehe er selbstverständlich keine Revolution, sondern wolle das so verstanden wissen, daß er glaube, die Saarbevölkerung mache ihrem Unmut in der Weise Luft, die ihr ohne Anwendung von Gewaltmaßnahmen möglich sei.

Der Bundeskanzler erklärte grundsätzlich zu der Saarfrage, daß man Vertrauen zu der kommenden Entwicklung haben dürfe. Seiner Ansicht nach solle nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik die Saarlandfrage mit größter Zurückhaltung behandeln.

### Was ist die DPS?

Die Demokratische Partei des Saarlandes (DPS), die jetzt verboten wurde, bestand in erster Linie aus Anhängern der Saar-CDU, die mit der offiziellen Haltung der Saar-CDU (Christliche Volkspartei, der Regierungspartei des Ministerpräsidenten Hoffmann) nicht einverstanden waren. Im Juli 1950 kündigte der DPS-Vorstand gegen die Regierung Hoffmann

und deren Saarpolitik eine konstruktive Opposition an. Die Partei hatte im Landtag zuerst drei Abgeordnete, ist jetzt aber nicht mehr vertreten, da diese Parlamentarier die Regierung weiterhin unterstützen, also die oppositionelle Wendung vom Juli 1950 nicht machten und eine unabhängige Fraktion bildeten. Die DPS will eine Änderung der einseitig nach Frankreich ausgerichteten Saarpolitik und eine Zusammenarbeit mit Bonn.

### Saarregierung ist undemokratisch

Die DPS wirft der Saarregierung folgendes vor: Sie habe ihre Arbeit gehindert. Die Genehmigung (Lizenzierung) einer DPS-Zeitung sei hinausgezögert worden. Verschiedene Rundschreiben wurden beschlagnahmt. Eine Anfang des Monats in Saarbrücken geplante Kundgebung, auf der auch Bundesabgeordnete (der CDU) erscheinen sollten, wurde verboten. Ein Telegramm, das von der Regierungspresse im Saarland aufgeföhrt wurde, an den kürzlich tagenden Europarat in Straßburg gerichtet war und die DPS als mit der SRP der Nationalsozialisten Doris und Remer politisch befreundet bezeichnete, erwies sich als Fälschung. Eine Verschärfung der Lage war bereits dadurch erfolgt, daß der französische Hohe Kommissar Gilbert Grandval, durch die Ausweisung des oppositionellen ehemaligen Landtagsabgeordneten Danzebrink, wie wir am vergangenen Freitag meldeten, aktiv in die internen Angelegenheiten der saarländischen Innenpolitik eingegriffen hatte.

### Die Gründe des Verbots

Die Saarregierung gibt als Gründe für das Verbot der DPS einen Werbedruck der Demokratischen Zeitung an der Saar vom 6. Mai an, in dem die DPS als vorläufige Regelung der Saarfrage bis zum Abschluß eines Friedensvertrages vorgeschlagen hatte, die staatsrechtliche Form von Regierung und Parlament grundsätzlich zu ändern, die politische Unabhängigkeit des Saarlandes und den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich, die in der Verfassung festgelegt sind, abzuschaffen und statt dessen lediglich eine verwaltungstechnisch notwendige Regierungskommission einzusetzen.

Nach Auffassung der saarländischen Regierung bedeuten diese Vorschläge eine Verfassungsänderung; sie seien unzulässig und das Aufstellen solcher Forderungen gefährde den Bestand des saarländischen Staats. Das von Innenminister Edgar Hector, einem französischen Staatsangehörigen, unterzeichnete Verbot bezieht sich auf das Verbotsgesetz und auf Artikel 10 der saarländischen Verfassung.

Die Demokratische Partei des Saarlandes will auf dem Wege des Verwaltungs-Streitverfahrens gegen das von der Saarregierung ausgesprochene Verbot ihren Organisation Einspruch erheben. Die Partei sieht die Begründung des Verbotes als nicht stichhaltig an. Sie sei nur ein Vorwand, um die wachsende Opposition an der Saar auszuschalten. Man könne nicht eine Partei verbieten, die mit demokratischen Mitteln die Änderung eines verfassungsmäßigen Zustandes herbeiführen wolle, der überdies als ein Provisorium betrachtet werde. (Siehe Seite 2 „Zum Tage“.)

## Besatzungssoldaten halten Schnellzug an

Bruchsal (swk). In einem Schnellzug zwischen Bruchsal und Mühlacker kam es zu Differenzen zwischen dem Zugschaffner und einer Anzahl Besatzungsangehöriger, die offensichtlich etwas zu sehr dem Alkohol zugesprochen hatten. Auf offener Strecke wurde der Zug durch Ziehen der Notbremse zum Halten gebracht. Ein Soldat stieg aus und bewarf die Waggon mit Schottersteinen, wobei einige Scheiben in Trümmer gingen. Erst nach etwa 15 Minuten konnte sich der Zug wieder in Bewegung setzen. In Stuttgart wurde die Gruppe von amerikanischen Militärpolizei in Empfang genommen.

## Wieder Rückzug der Rotchinesen

Tokio (AP/dpa). Von einem Teil der Mittelfront in Korea hat am Montag ein allgemeiner Rückzug der Rotchinesen eingesetzt, nachdem sie in ihrer jüngsten fünfjährigen Offensive Verluste an Toden und Verwundeten gehabt haben die sich zu den amerikanischen Verlusten wie 30:1 verhielten. Die Brückenköpfe am Pukan- und Hoeschon-Fluß sind von ihnen aufgegeben worden.

Auch in Westkorea haben die UNO-Streitkräfte die Initiative wieder an sich gerissen und sind in die Städte Munsan, 40 km nordwestlich von Seoul und in Uichongbu wieder einzudringen.

Die nationalchinesische Nachrichtenagentur „China-Union-Press“ behauptet, daß der sowjetische General Misesokow der wahre Befehlshaber der rotchinesischen Streitkräfte in Korea sei.

### London herät Ölkrise

London (AP). Der britische Premierminister Clement Attlee hat das britische Kabinett für Dienstag zur Beratung der persischen Ölkrise einberufen.

Aus Teheran wird dazu gemeldet, daß die persische Regierung das Ersuchen der Anglo-Iranian Oil Company, den Ölstreik durch ein Schlichtungsgericht entscheiden zu lassen zurückgewiesen hat.

Eine schwache Hoffnung auf eine Kompromißlösung erweckte in britischen Kreisen die

in dem Schreiben an die Anglo-Iranian Oil Company ausgesprochene Bereitschaft, mit Vertretern der Gesellschaft die Durchführung der Verstaatlichung zu beraten.

### McCloy muß entscheiden

Washington (dpa). Das amerikanische Außenministerium hat den Hinrichtungsaußschuß für fünf der sieben Landsberger Todesurteile aufgehoben und die Fälle dieser fünf Verurteilten der Zuständigkeit des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy übergeben (entweder Begnadigung oder Hinrichtung). Die beiden übrigen Verurteilten, Georg Schallermayr und Hans Schmidt, unterstehen der Zuständigkeit des amerikanischen Verteidigungsministeriums, das bisher noch keine Entscheidung getroffen hat.

### Beflaggung am 23. Mai

Stuttgart (nü). Das württemberg-badische Kabinett verabschiedete eine Reihe von Einzelplänen zur Personalstellenbesetzung. Beim Staatsministerium fallen die Posten eines Ministerialdirektors und eines Staatsrates weg. Der Personenkreis der Versorgungsempfänger, welchem voraussichtlich 20 DM gewährt werden in Höhe von monatlich eine Teuerungszulage in Höhe von monatlich 20 DM gewährt werden soll, wurde auf die Empfänger von Verdiensten und Wehrmachtversorgung ausgedehnt. Gemäß einer Aufforderung des Bundesinnenministeriums hat der Ministerrat die Behörden angewiesen, am 23. Mai, dem Tage der Verabschiedung des Grundgesetzes, zu flaggen.



Außenminister Morrison bei Bundeskanzler Dr. Adenauer  
Lord Henderson, Staatssekretär für deutsche Fragen im britischen Außenministerium, Außenminister Herbert Morrison und Bundeskanzler Dr. Adenauer vor dem Palais Schaumburg (von links nach rechts). (dpa)

## Die Milliardenlücke

A. R. Die Debatten über Sonderumsatzsteuer, Rentenerhöhung und Beamtengehältererhöhungen in den Fraktionszimmern haben als erstes positives Ergebnis den Entschluß zu einer Generalbilanz gebracht, die allerdings negativ ausgefallen ist. Die neuen Bewilligungen sozialer Leistungen auf der anderen Seite vor Augen, haben sich die Abgeordneten zu einer, wie gesagt wurde, Bestandsaufnahme der Einnahmen- und Ausgabemöglichkeiten entschlossen. Sie haben sich vom Bundesfinanzministerium die Ziffern geben lassen und mit heißen Köpfen gerechnet. Sie haben alles an Einnahmen des Bundes eingesetzt, was nur einzusetzen war, die Erhöhung des Steueraufkommens an sich wegen der zu erwartenden Vermehrung des sogenannten Sozialprodukts, die Mehreinnahmen aus der vorgesehenen Erhöhung der Umlagen der Sozialversicherung und der Körperschaftsteuer und dem Abbau wesentlicher Vergünstigungen der Einkommensteuer, den Zugriff des Bundes auf fast ein Drittel der Steuereinnahmen der Länder und auch den Ertrag aus einer Sonderumsatzsteuer und die Addition aller dieser Posten ergab etwas über fünfzehn einhalb Milliarden, die voraussichtlich in diesem Jahre in die Bundeskasse fließen werden.

Als aber die Ausgaben des Bundes berechnet wurden, zeigte sich, daß über 16 Milliarden aus dieser Bundeskasse bezahlt werden müssen. Dabei sind die Kosten der gesamten Bundesverwaltung mit ganzen 240 Millionen einbezogen, so daß die Sparsamkeit in der Verwaltung unterstellt und vor allem gesagt werden kann, daß das Defizit der Bundeskasse durch Abstriche an der Verwaltung gemindert werden kann. Denn neben dem Block der zunächst auf 6,3 Milliarden veranschlagten Besatzungskosten stehen nicht minder starke Ausgaben für soziale Zwecke von fast 8 Milliarden, vom Bundesversorgungsgesetz und dem Vertriebenenbeamten-gesetz bis zum Wohnungsbau für umgesiedelte Vertriebene und den Geldern für die Verbilligung der Grundnahrungsmittel und die Teuerungszulage der Rentner.

15,6 Milliarden Einnahmen und über 16,2 Milliarden Ausgaben geben ohne große rechnerische Mühen schon ein Fehlbetrag von über 600 Mill. Aber nun haben die Abgeordneten auch die Ausgaben für die von ihnen schon beschlossenen oder beantragten sozialen Mehrleistungen des Bundes zusammengerechnet, die noch hinzukommen sollen, und es hat sich die Summe von weiteren 2,1 Milliarden ergeben, die zu diesem Defizit hinzuzuföhrt werden, zu denen vor allem die 25 Prozent Erhöhung der Sozialrenten und die Erhöhung der Beamtengehälter statt um 13 Prozent um 20 Prozent gehören. Diese Bilanz gibt den Hintergrund des zögernden Verhaltens des Kabinetts in diesen beiden Fragen. Das Kabinett hat zwar die 20 Prozent Erhöhung der Beamtengehälter beschlossen, wollte aber zunächst die Bekanntheit dieses Beschlusses vermeiden, da noch die Deckung dieser Ausgaben gesucht werden muß.

und es hat auch der Rentenerhöhung zwar grundsätzlich zugestimmt, sie aber nicht zum Beschluß erhoben, weil auch dafür noch keine Deckungsvorlage eingebracht werden konnte. Denn das Ergebnis dieser Generalbilanz ist, daß alle diese Mehrleistungen in den Bereich des Milliardendefizits, zu der Milliardenlücke zwischen Einnahmen und Ausgaben gehören, die geschlossen werden muß, wenn diese Sozialbeschlüsse sich verwirklichen sollen.

Dieser Aufgabe sehen sich Regierung und Parlament gegenüber und angesichts dieses Defizits kann die Erörterung, ob die achtundert Millionen der Sonderumsatzsteuer nicht besser durch eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer auf 4,5 oder 5 Prozent aufgebracht werden können, nur eine erste Phase, einen Teilschnitt der Gesamtdiskussion bedeuten. Aber diese Debatte schon hat die bemerkenswerte Erkenntnis gebracht, daß eine Sondersteuer auf den „gehobenen Bedarf“, der ja ein viel umfangreicherer Begriff als „Luxus“ ist, auch der sogenannten „kleinen Mann“ treffen wird, weil auch dieser zu den Käufern des guten Anzugs und des guten Hemdes gehört. Mit Recht gehört. Denn gerade der weniger Bemittelte kann sich, wie ein Abgeordneter sagte, nicht leisten, billig zu kaufen, d. h. Ware zu kaufen, die zwar nicht viel kostet, aber nicht lang hält. Er wird aber durch eine Sonderumsatzsteuer gezwungen werden, auf den Kauf guter Ware zu verzichten, die sich der besser Gestellte auch dann noch leisten kann, und somit würde sich diese auf den ersten Blick hin so sozial erscheinende Sonderumsatzsteuer in der Praxis sozial auswirken. Abgeordnete gerade des „linken Flügels“ der CDU haben sich dieser Beweisführung nicht verschlossen und es blieb auch nicht ohne Eindruck, als mitgeteilt wurde, daß das System der englischen gestaffelten Umsatzsteuer, das eine Verbindung unserer Umsatzsteuer mit einer Sonderumsatzsteuer bedeutet, jetzt bereits bei der zweiwundzwanzigtausendsten Verordnung angefangen ist.

So wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Sonderumsatzsteuer nicht zum Zug kommen und wird sich das Parlament für eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 3 auf gegen die Frage aussprechen, ob das Geld vor allem für die Rentenerhöhung kommen soll. So hat sich jetzt auch die CDU-Fraktion dem Gedanken des Finanzministers gegenüber aufgeschlossen gezeigt, daß durch ein Ruhen der „sozial überflüssigen Renten“ die Mittel für die Erhöhung der sozial notwendigen Renten gewonnen werden könnten. Darüber hinaus aber mehrchen sich die Stimmen, daß der entscheidende Schritt zur „Rohgewinnsteuer“ getan werden müsse, weil er immerhin weit über eine Milliarde mehr gegenüber der bisherigen Form der Einkommensteuer einbringen werde. Diese Probleme werden in diesen Tagen eingehend im Bundeshaus behandelt werden und es ist kein Zweifel, daß jetzt sich alle die verschiedenen in der letzten Zeit für sich behandelten einzelnen Probleme zu dem Generalthema der Milliardenlücke zusammenschließen.

## Neues in Kürze

Washington (AP). Präsident Truman hat führende Kongreßmitgliedern am Montag angekündigt, daß er in zwei bis drei Tagen den Kongreß um die Bewilligung von 2 Mrd. Dollar (8,4 Mrd. DM) für die Europahilfe und weiterer Dollarmilliarden für die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Verbündeten Amerikas ersuchen werde.

London (AP). An der vierten Jahreskonferenz des internationalen Zeitungsverlegerverbandes (FIDJ), die am Dienstag in London eröffnet wird, nehmen zum erstenmal auch deutsche Zeitungsverleger teil.

Paris (dpa). Auf der dreistündigen Montagssitzung der Pariser Vorkonferenz stimmten die drei westlichen Delegierten dem sowjetischen Wunsch zu, die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands in die zweigeteilte Tagesordnung aufzunehmen.

Lausanne (Schweiz) (AP). Das bereits vom IOK anerkannte Olympische Komitee West-

deutschlands und das neu gebildete ostzonale Olympische Komitee haben sich in Lausanne geeinigt, eine gemeinsame deutsche Mannschaft zu den Olympischen Spielen in Helsinki im nächsten Jahr zu entsenden.

Stuttgart (BNN). Die Gewerkschaft (ÖTV) beschloß am nächsten Freitag und Samstag eine Urabstimmung über den Streik in den Bereichen der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und der kommunalen arbeitsrechtlichen Vereinigungen, den Betriebsverwaltungen und Betrieben und in der gesamten Sozialversicherung durchzuführen.

Wiesbaden (dpa). Die hessische Regierung hat Redeverbot für den SRP-Vorsitzenden, Dr. Fritz Doris und die SRP-Vorstandsmitglieder von Bothmer und Graf Westarp verfügt. Für Otto Remer besteht bereits Redeverbot.

Hannover (dpa). Der SPD-Vorstand wird seinen Sitz Anfang Juni dieses Jahres von Hannover nach Bonn verlegen.

## SPD bedauert Ausführungen Morrisons

Der englische Außenminister besuchte das Bundeshaus

Drahtbericht unseres Bonner Dr. A.R.-Redaktionsmitglieds

Bonn. Der britische Außenminister Morrison bemerkte auf einer Pressekonferenz, die gestern stattfand, daß bei aller Freiheit der Kritik in einer Demokratie die Opposition sich ihrer aufbauenden Aufgabe bewußt sein müßte, „nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen demokratischen Ländern“ und daß sich Regierung und Opposition ihrer Verantwortlichkeit bewußt bleiben müßten.

In einer rund 3 1/2 stündigen Aussprache erläuterte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher dem britischen Außenminister die Haltung seiner Partei zum Schumanplan. In sozialdemokratischen Kreisen wurde die oben wiedergegebene Äußerung Morrisons auf der Pressekonferenz bedauert, da sie als eine indirekte Apostrophiierung (kritische Bezeichnung) Schumachers aufgefaßt wurde.

### Morrison drückt sich diplomatisch aus

Morrison erklärte, er erhoffe die Beendigung des Kriegszustandes in sehr naher Zukunft. Bezüglich der Auflösung der Ruhrbehörde nehme England keine unfreundliche Haltung ein. England würde alle Anstrengungen zur Senkung der Besatzungskosten machen. Die Entwicklung in Niedersachsen werde nicht übertrieben, aber sie erregte Besorgnis.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte vor der Presse, die Besprechungen mit Morrison seien sehr harmonisch verlaufen und es sei die Übereinstimmung in fast allen besprochenen Punkten erzielt worden. Er werde jedenfalls im Laufe des Sommers, der englischen Einladung folgend, nach London reisen.

Gestern nachmittag besuchte der britische Außenminister Morrison das Bundeshaus, dpa hat seine Äußerungen der Nachwelt festgehalten. „Es ist wirklich schön hier“ sagte er nach einem Blick durch die großen Glasfenster auf den Rhein. „aber das Unterhaus ist mir doch lieber.“ Er setzte sich auch auf den Präsidentenstuhl. Zu den Fotografen sagte Morrison: „In

London hätte sie der Speaker (der Präsident des Unterhauses) schon längst durch die Parlamentswache verhaften lassen. Bei uns ist das Fotografieren verboten.“ Auf seiner Rückfahrt sprach er mit Kindern, die auf der Straße warteten: „Ein nettes Kind“, sagte er und zog ein kleines Mädchen an den Zöpfen.

Ein Kommuniqué über das Ergebnis der Besprechungen wurde nicht ausgegeben.

### Frankreich

#### wünscht Ende der Ruhrbehörde

Paris (AP). Im französischen Außenministerium sind am Montag Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreichs zu ihrer ersten Besprechung über die Zukunft der deutschen Ruhrindustrie zusammengetreten, die der Vorbereitung einer Konferenz dient, in der Frankreich die Auflösung der Ruhrbehörde und die Übertragung ihrer Aufgaben an die Hohe Behörde der Europäischen Montanunion zu erreichen hofft.

#### 5,1 Millionen Tonnen das Höchst

Bonn (Dr. R.). Zu dem gestern gemeldeten Beschluß der Ruhrbehörde, die bisherige Kohlenexportquote von 6,2 Millionen Tonnen beizubehalten, erklärte Vizekanzler Blücher, nach seiner Auffassung seien 5,1 Mill. Tonnen das Höchstmaß. Die Bundesregierung trete heute zusammen um dazu Stellung zu nehmen.

Die in einem Bericht der Wirtschaftskommission der UNO an der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik geübte Kritik bezeichnete Vizekanzler Blücher als nicht wohlwollend. Der Bericht entbehre der Sachlichkeit und der Gerechtigkeit. Die Erhöhung des deutschen Ernährungszustandes auf das Niveau eines anderen europäischen Landes werde fast als ein Verbrechen dargestellt.

## Gefängnisstrafen im Polizeiskandalprozess

Frankfurt (dpa). Nach mehr als sechswöchiger Verhandlung wurde im sog. Frankfurter Polizeiskandalprozess das Urteil gegen die dreizehn Angeklagten verkündet. Das Landgericht Frankfurt a. M. verurteilte die beiden Hauptangeklagten wegen Bestechung, Diebstahls und Steuerhinterziehung zu drei Jahren neun Monaten bzw. drei Jahren Gefängnis und 1500 bzw. 5000 DM Geldstrafe. Die übrigen elf Angeklagten — darunter ein Kriminalrat, sieben Kriminalbeamte, ein Asservatenverwalter — erhielten Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und 2 1/2 Jahren und Geldstrafen zwischen 500 und 4000 DM. Sämtliche Angeklagte wurden außerdem zu Steuer-Geldstrafen und Wertersatzstrafen bis zu 70 000 DM verurteilt.

Die Verurteilten hatten große Mengen Schwarzhandelsware veruntreut und in einigen Fällen gegen Entgelt den Schwarzhändlern zurückgegeben.

### Motorradfahrer tödlich verunglückt

Hörden (BNN). In Hörden ereignete sich gestern abend ein schwerer Verkehrsunfall. Der 24jährige Reinhold Hornecker und der 20jährige Fritz Meixner stießen in voller Fahrt mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lastauto zusammen. Der Motorradfahrer Hornecker war auf der Stelle tot, während sein Beifahrer Meixner schwer verletzt in das Gernsbacher Krankenhaus überführt wurde.

# Zum Tage

## Im Namen des Rechts

Die Gerichtsverhandlung, die gestern vor dem Schwurgericht Karlsruhe gegen den Tschechen Johann Kouřil begann, ist über die Anklagepunkte hinaus bedeutsam. Es handelt sich nämlich darum, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch dann bestraft werden müssen, wenn sie gegen Deutsche erfolgten. Das alliierte Gericht in Nürnberg und viele Urteile der ehemaligen Gegner Hitlers haben nämlich in weiten Kreisen der Deutschen die Meinung aufkommen lassen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollten nur dann bestraft werden, wenn sie von Deutschen auf Grund von Befehlen Hitlers begangen wurden. Einen berechtigten Anlaß zu dieser Auffassung, gab die Tatsache, daß in Nürnberg eine Macht, die die bolschewistische Regierung Stalins, mit zu Gericht saß, von der man heute auch in Washington, London und Paris offen behaupten kann, daß sie noch verbrecherischer ist als die Hitlers. Man muß aber unbedingt den Grundsatz aufrechterhalten, der jetzt im Falle Kouřil an einem Tschechen durchgeführt wird: Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollen überall dort geahndet werden, wo sie vorkommen bzw. vorkamen. Das Recht hat nämlich seine eigene Logik. Wenn man sich einmal, wie in Nürnberg, auf diesen Standpunkt gestellt hat, dann gibt es nur noch einen schmächtlichen Rückzug oder eine konsequente Durchführung im Namen dieses Rechts gegen alle Verbrecher, ob politische oder nicht. Selbstverständlich werden wir auch in einem solchen Falle wie bei Kouřil verlangen müssen, daß sämtliche entlastenden Momente beachtet werden. Wir fordern das für unsere Landesleute, die noch der Gerichtsverhandlung harrten oder wie in Landsberg, sich wieder auf die furchtbare Exekution gefaßt machen müssen und haben deshalb die Pflicht, gegenüber den Angehörigen anderer Völker, die in unserer Gewalt sind, genau so rechtlich zu denken und zu handeln.

### Sich selbst das Urteil gesprochen

Eine schweizerische Zeitung hatte anlässlich der Auseinandersetzungen über die Einbeziehung des Saargebietes in den Schumanplan den Rat gegeben, die Saarfrage einmal eine Zeit auf Eis zu legen, um die deutsch-französischen Beziehungen nicht unnötig zu belasten. In Bonn zwar, dagegen weniger in Paris hat man sich im allgemeinen an dieses Rezept gehalten. In Saarbrücken dagegen wurde von der Regierung Hoffmann alles getan, um das Süppchen, das man sich nach 1945 bereitet hat, auch hübsch am Kochen zu halten. Die Macht haben an der Saar haben offenbar Angst, jede Beruhigung, die Verhältnisse könnte zum Schluß eindeutig erweisen, daß jene Wahlen von 1947, die gleichzeitig mit der Zustimmung zu der wirtschaftlichen Verflechtung mit Frankreich verbunden waren, nicht das richtige Bild der wirklichen Volksmeinung darstellten. Darum wird von der Saarregierung auch seit Monaten ein erbitterter Kampf gegen alle jene Kreise geführt, die sich der separatistischen Politik in diesem bis zu einem Friedensvertrag noch unbestritten deutschen Land zu widersetzen. Mit dem Verbot der DPS ist jetzt ein neuer Streich gefallen. Es ist ein starkes Stück Hoffmanns, ausgerechnet eine demokratische Partei nur deshalb zu verbieten, weil sie der Saarregierung durch ihre Oppositionsstellung unabweisbar geworden ist. Aber schon viel größere Männer als Hoffmann haben die Erfahrung machen müssen, daß man zwar eine Opposition mundtot machen kann, daß sie sich aber auf die Dauer doch nicht unterdrücken läßt, wenn das Recht auf ihrer Seite ist. Ein durch eigenartige Wahlen höchst windig legalisiertes System kann sich jetzt offensichtlich nur noch durch die brutale Anwendung staatlicher Machtmittel stützen. Damit hat es sich selbst, das Urteil gesprochen, auch wenn das auf Befehl Frankreichs geschehen ist. o. h.

### Kultur in der Zwangsjacke

Wenn man nach dem Ergebnis des mit großer Propaganda aufgelegenen „ersten gesamtdeutschen Kulturkongresses“ in Leipzig fragt, so genügt ein Blick auf die Schlußresolution „zur Sache des Friedens“, um zu erkennen, daß diesem „gesamtdeutschen Kulturgespräch“ eine kaum verhüllte politische Absicht zugrunde lag. Die Resolution fordert nämlich vom Bundestag als der „wahren und berufenen Volksversammlung Westdeutschlands“, durch eine Abstimmung die wahre Gesinnung des Volkes zur Wiederbewaffnung festzustellen. Der natürlich einstimmig angenommene Appell war ausgerechnet von einem westdeutschen Schriftsteller eingebracht worden, wie überhaupt festzustellen war, daß die Steigbügelhalter des Westens stärker die kommunistische Linie vertrat,

# SS-Sturmführer Gildisch legt sensationelles Geständnis ab

## Er hat im Jahre 1934 Klausener im Zusammenhang mit dem Röhmputsch ermordet

Berlin (AP/dpa). Der 47-jährige ehemalige SS-Sturmführer Kurt Gildisch ist des Mordes an dem früheren Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Dr. Erich Klausener angeklagt, der als Leiter der katholischen Aktion in ganz Deutschland bekannt war. Gildisch muß sich deshalb vor einem Westberliner Schwurgericht verantworten.

Die Ermordung Klauseners erfolgte im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch am 30. Juni 1934, der für Hitler eine vorgeschobene Gelegenheit war, um sich mißliebiger Mitglieder seiner eigenen Partei und politischer Gegner zu entledigen. Gildisch hatte bis jetzt hartnäckig geleugnet, an dem Mord Klauseners beteiligt zu sein.

Um so größer war deshalb die Sensation am gestrigen Montag, als er in einem umfassenden Geständnis nach 17-stündiger Verhandlung in vollem Umfange zugeb, den Mord begangen und noch weitere drei Personen zur Ermordung aus politischen Gründen an SS-Einheiten ausgeliefert zu haben.

Gildisch sagte aus, daß er am Vormittag jenes berüchtigten 30. Juni 1934 im Geheimen Staatspolizeiamt in der Prinz-Albrecht-Straße von

dem damaligen SS-Gruppenführer Heydrich den Befehl erhalten hat, zusammen mit 18 anderen SS-Leuten eine Reihe schriftlich namhaft gemachter Personen zu „exekutieren“. An der Spitze der Liste habe Dr. Klausener gestanden, dessen Erschießung Heydrich sofort telefonisch gemeldet werden sollte.

### Wie Klausener ermordet wurde

Den Hergang der furchtbaren Tat schilderte der ehemalige SS-Hauptsturmführer folgendermaßen: „Im Reichsverkehrsministerium fragte ich zunächst einen Herrn aus dem Korridor nach dem Dienstzimmer Dr. Klauseners. In diesem Moment trat jemand auf uns zu. Es war der Betreffende selbst. Ich ging mit ihm in sein Zimmer und bat ihn um Einsicht in seine Personalpapiere.“ Gildisch teilte ihm mit, daß er im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre verdächtig sei und als Gegner des Nationalsozialismus und als führender Katholik zum Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapo) übergeführt werden solle. „Dr. Klausener bat mich, seine Brieftasche in die Schreibtischschublade legen zu dürfen. Ich habe ihm einige Minuten zur Erledigung persönlicher Dinge gegeben. Dann machte er sich zu dem Gang fertig und

wandte sich zur Tür.“ In diesem Moment habe er, Gildisch, wie der Angeklagte nüchtern und ruhig mit leicht knarrender Stimme erklärte, „dann den Schuß auf ihn abgegeben“.

Die Zuhörer im Gerichtssaal folgten lautlos und gespannt den Aussagen des Angeklagten. Er habe dann, wie dieser weiter aussagte, telefonisch dem SS-Gruppenführer Heydrich die „Vollzugsmeldung“ gegeben, und wurde dann angewiesen, die „Exekution“ als „Selbstmord“ zu tarnen und Posten vor dem Zimmer des auf so kaltblütige Weise meuchlings Ermordeten aufzustellen.

### Ein Eid muß zum Mord erhalten

Als Beweggründe gab der Mörder an seine menschlichen Bedenken seien durch die „Erfolge der Nazis in der damaligen Zeit“ und durch die „Begeisterung des Volkes für Hitler“ zerstreut worden. Er habe geglaubt, eine Revolte gegen Hitler unterdrücken zu helfen und damit „getreu seinem Eide“ zu handeln.

Noch am gleichen Tage, also am 30. Juni 1934, erledigte Gildisch, wie er weiter aussagte, drei andere „Aufträge“. Er habe den SS-Obergruppenführer Ernst mit dem Flugzeug aus Bremen geholt und diesen den SS-Einheiten in Berlin-Lichterfelde übergeben, wo Ernst kurze Zeit später in seiner Gegenwart erschossen wurde. In der folgenden Nacht habe er einen weiteren SA-Führer, der zum Anhang des erschossenen Stabschefs der SA, Ernst Röhm gehörte, sowie einen Berliner Arzt verhaftet und beide den Erschießungskommandos der SS übergeben. Den Jargon, dessen sich diese in SS-Uniform getarnten Mörder be-

### Ein holländischer Fakir

Ascona, Schweiz (AP). Satt und zufrieden zog Pieter Shats, ein holländischer Ferienreisender, nach einem Picknick in den Bergen oberhalb Asconas eine Flöte aus der Tasche und spielte sich eins. Plötzlich raschelte es neben ihm und schon hatte ihn eine Giftschlange gebissen. Vorläufig muß er nun im Krankenhaus von Locarno Trübsal blasen.

dierten, kennzeichnete der Vorsitzende des Schwurgerichts in bezeichnender Weise, indem er die „Liquidation“ dieser Verbrecher mit grausiger Ironie „die Durchführung eines menschlichen Konkursverfahrens“ nannte.

### 12 Jahre Zuchthaus gefordert

Der Staatsanwalt hielt in seiner Anklagerede (Plädoyer) dem Angeklagten zugute, daß er sich doch noch zu seiner Tat bekannt und daß er diesen heimtückischen und grausamen Mord auf Befehl ausgeführt habe, was im Strafmaß zu berücksichtigen sei. Er beantragte zwölf Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Der Verteidiger warf die Frage auf, ob sich der Angeklagte nicht in einem Notstand befunden habe, da er bei einer Befehlsvollziehung, wie er annehme, selbst erschossen worden wäre. Er wies darauf hin, daß die beiden Zahlmeister, die Dr. Girdel festgenommen und der Gestapo übergeben hätten, freigesprochen worden seien.

Das Urteil soll am Donnerstag verkündet werden.

### Nur noch eine Zeitfrage

Seattle, Washington (AP). Der Einsatz von Atomwaffen in Korea sei nicht in Erwägung gezogen, da diese Waffen noch nicht soweit entwickelt seien, daß sie in unmittelbarer Frontnähe verwendet werden können, erklärte der Stabschef der US-Armee, General J. Lawton Collins, auf einer Pressekonferenz. Es sei jedoch nur noch eine Frage der Zeit, bis die amerikanischen Streitkräfte über Atomgranaten verfügten.

### Norwegische Industrie sperrt aus

Oste (AP). Der norwegische Arbeitgeberverband hat beschlossen, in den acht lebenswichtigen Industriezweigen Gummi-, Textil-, Schuhwaren-, Schokolade-, Tabak-, Leder-, chemische Industrie und der Bergbau 38.000 Arbeiter auszusperren. Anlaß zu dieser Maßnahme ist ein Arbeitsrechtsstreit zwischen den Arbeitgeber und dem norwegischen Gewerkschaftsbund (L. O.) darüber, ob Werkmeister das Recht haben, sich der Arbeitergewerkschaft anzuschließen.

# Das Arbeitsamt Landau verlor den Prozeß

Landau (BNN). Das Arbeitsamt Landau wurde in zweiter Instanz vom Arbeitsgericht Landau zur Zahlung höherer Gehaltsstufen nach der TOA in neun Fällen verurteilt.

Bekanntlich haben elf Angestellte des Arbeitsamtes Landau auf Höhergruppierung vor dem Arbeitsgericht der Südpfalz Klage erhoben, wie in Nr. 109 der BNN v. 10. ds. Mts. berichtet wurde. Zwei Fälle wurden von der Kammer, da unbegründet, abgewiesen.

Die Mehrzahl der Angestellten, die seit Jahren in gehobenen Positionen beim Arbeitsamt Landau steht und dafür eine weit unter ihrer Leistung liegende Gehaltsvergütung erhalten, konnten auf dem Dienstweg eine Höhergruppierung nicht erreichen, da das Land Rheinland-Pfalz seit der Währungsreform eine Einstellungs- und Höhergruppierungssperre verhängt hat.

In den nunmehr entschiedenen neun Fällen, die von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr anhängig gemacht wurden, wird sich für das Land Rheinland-Pfalz

eine völlig neue Situation ergeben. Es wird damit gerechnet, daß in vielen Städten des Landes nunmehr solche Prozesse anhängig gemacht werden, da die Landespersonalverwaltung in unzähligen Fällen eine, wie es von den Betroffenen betrachtet wird, Ausbeutung ihrer Angestellten seit Jahr und Tag betreibt.

Die durch das Arbeitsgericht ohne Kommentar verfügte Höhergruppierung beläuft sich in Einzelfällen teilweise auf zwei Stufen. Außerdem muß für durchschnittlich einhalb Jahre das verfügte Mehrgehalt nachbezahlt werden. Zweifellos fallen dem Land hierdurch wesentliche Auslagen an. Auf der anderen Seite darf jedoch darauf keine Rücksicht genommen werden, wenn sich Wirtschaft, Gewerbe und Handel eines Tages nicht auf den Standpunkt stellen sollen, wenn die Regierung die auf Grund von staatlichem Gesetz geschaffenen Tarife nicht einhält, dann haben wir als Arbeitgeber ebenfalls keine Veranlassung.“ Das dürfte in der Hauptsache das Motiv des Arbeitsgerichtes zu diesem Urteil gewesen sein.

### BHE/Pfalz macht sich selbständig

Neustadt a. d. W. (AP). Der BHE-Rheinland-Pfalz hat sich in „Deutsche Entrechtetenpartei (DEP)“ umbenannt. Der Vorsitzende erklärte, daß der ehemalige BHE-Rheinland-Pfalz mit diesem neuen Namen seine Unabhängigkeit vom Gesamtverband des Bundesgebiets umstritten wolle.

Wie bereits gemeldet, hatte der Generalsekretär des BHE den Verband Rheinland-Pfalz vor einem Anschluß an die SRP Doris und Remers gewarnt. Das stand im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Landesvorsitzenden mit dem SRP-Vorsitzenden Dr. Doris über die Einbeziehung der BHE-Kreisverbände von Rheinland-Pfalz in die Sozialistische Reichspartei. Bereits früher war der gesamte BHE-Vorstand von Rheinland-Pfalz von dem BHE-Bundesvorsitzenden Waldemar Kraft seiner Ämter vorläufig entlassen worden. Demnach ist der BHE-Rheinland-Pfalz gewillt, seine eigene Politik zu verfolgen.

ten, als die Vertreter der Ostzone. Das wundert uns nicht, denn schließlich wurde diesen Leuten nicht umsonst freie Fahrt nach Leipzig gewährt. Von echter Kultur hat in Leipzig lediglich der katholische Schriftsteller Karl Reinhold Doederlein gesprochen. Er lüftete den Schleier, den man „drüben“ über die Kultur zu breiten beliebt, und sagte den Leuten einige Wahrheiten, die nicht erst von heute und gestern sind, da sie das Wesen der Kunst überhaupt charakterisieren. Betretenes Schweigen, von dem sich als erster der ostzonale Volksbildungsminister erhobte. Er gab wenigstens offen zu, daß man in der Ostzone eine andere Auffassung von diesen Dingen habe. Es war schließlich zweifellos, den Parteidoktrinen etwas vom ewigen Wesen der Kunst sagen zu wollen. Dafür fehlt ihnen entweder das Organ, oder sie wollen nicht und dürfen nicht. Insofern hätte sich Herr Doederlein die weite Reise von München nach Leipzig sparen können. Immerhin, er hat Mut bewiesen.

### Sowjetsoldaten schießen im Reichstagsgebäude

Berlin (AP). Etwa 200 Sowjetsoldaten drangen in die Reichstagsruine im britischen Sektor ein. Sie hielten sich hier etwa 20 Minuten auf und gaben mehrere Pistolenschüsse ab. Als die von Passanten benachrichtigte britische Militärpolizei eintraf, waren die Rotarmisten jedoch schon wieder über die nahe Sektorengrenze in den Ostsektor zurückgekehrt. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

### Manfred von Brauchitsch Kommunist

Berlin (AP). Der Rennfahrer Manfred von Brauchitsch hat sich erneut zum Sprecher für die kommunistischen Weltjugendfestspiele gemacht. Auf einer Pressekonferenz des sowjetischen Amtes für Informationen anlässlich der zweiten Tagung des vorbereitenden internationalen Komitees nahm von Brauchitsch in seiner Eigenschaft als Präsident des westdeutschen Vorbereitungsausschusses zusammen mit dem westdeutschen evangelischen Pfarrer Johannes Oberhof teil.

### Frechheit siegt

Darmstadt (dpa). Als Dekorateur verkleidete Einbrecher raubten die Vitrinne eines Wäsche-Geschäftes in einer belebten Straße Darmstadts aus. Passanten, die in den weißen Mänteln arbeitenden Männer beobachteten, hatten keinen Arzwohn. Die Diebe erbeuteten Wäschestücke im Werte von tausend Mark.

### Zwingenberger Treffen

Darmstadt (dpa). In Zwingenberg an der Bergrstraße trafen am Sonntag etwa tausend Angehörige der studentischen Landmannschaften des Bundesgebietes zusammen. Sie beschlossen, das Zwingenberger Treffen, das 1938 zum letztenmal stattfand, wieder alljährlich am Sonntag nach Pfingsten zu veranstalten. Der Verband der Landmannschaften ist vor achtzig Jahren gegründet worden.

# Im Dutzend billiger

Copyright 1949 by Frank B. Gilbreth Jr. and Ernestine Gilbreth Carey



FRANK B. GILBRETH UND ERNESTINE GILBRETH CAREY

Übersetzt von Susanna Rademacher. Alle deutschen Rechte beim Lothar Blanvalet Verlag, Berlin-Wannsee 17. Fortsetzung

„Alice im Wunderland?“ rief Paps. „Meinen Sie wirklich, daß Kinder so was mögen? Das müssen andere Kinder sein als zu meiner Zeit. Ich konnte nie was damit anfangen.“

„Natürlich mögen sie es, sogar sehr gerne“, sagte Mutter. „Sie sollten es wahrhaftig einmal lesen. Ich finde, das muß man gelesen haben, es ist sozusagen ein klassisches Buch.“

„Wenn Sie's sagen, Miß Lillie“, sagte Paps, „dann werd' ich's lesen.“ Er hatte sich nämlich bereits entschlossen, daß sie Mrs. Gilberth werden müsse.

Mutter fuhr weiter nach Europa. Als sie zurückkam, reiste Paps ihr bis zur Westküste entgegen.

In Oakland angekommen, rief er bei Möllers an.

„Hallo“, sagte er, „raten Sie mal, wer hier ist.“

„Ich habe keine Ahnung.“

„Nein, tun mir leid, ich habe wirklich keine Ahnung.“

„Ach, Sie wissen schon, wer am Apparat ist“, sagte Paps, der das Buch, das man nach Möllers Ansicht gelesen haben mußte, inzwischen ge-

lesen hatte. „Hier ist das weiße Kaninchen aus Boston.“

„Wer, bitte?“

„Das weiße Kaninchen aus Boston.“

„Aha — ich merke schon: Sie möchten wahrscheinlich eine von meinen Töchtern sprechen.“

„Gottsdonner“, sagte Paps, der sich das Fluchen erst in der Ehe abgewöhnte, „wer ist denn da?“

„Hier ist Mrs. Möller. Wen möchten Sie denn sprechen?“

„Kann ich bitte Miß Lillie sprechen?“ fragte Paps kleinlaut.

„Wer soll ich sagen, ist am Apparat?“

„Sie können bitte sagen: Mr. Kaninchen“, sagte Paps. „Mr. W. Kaninchen aus Boston.“

Einige Tage später wurde Paps in Möllers Elternhaus zum Tee eingeladen und lernte ihre Eltern und die meisten ihrer Geschwister kennen. Im Wohnzimmer baute gerade ein Arbeiter einen neuen Kamin, und als Paps durch das Zimmer geführt wurde, blieb er stehen und sah zu.

„Interessante Arbeit“, sagte Paps im Plauderton zu Möllers. „Maurerarbeit. Kommt mir ganz

leicht vor. Kinderleicht. Ich verstehe nicht, wieso diese Arbeiter behaupten, mauern sei gelernter Arbeit. Wetten, daß das jeder kann?“

„Immer geradeaus, Mr. Gilbreth“, sagte Möllers Vater. „Den Tee trinken wir auf der Veranda.“

Paps hatte es nicht so eilig. „Mir scheint“, fuhr er mit seinem näselnden New-England-Akzent fort, „sie nehmen bloß einen Stein auf, tun Mörtel drauf und setzen ihn in den Kamin.“

Der Maurer drehte sich um und sah sich den dicken, aber netten Gent aus dem Osten an.

„Nichts gegen Sie persönlich, lieber Mann“, sagte Paps mit seinem gönnerhaftesten Lächeln.

Der Maurer wurde wütend. „Kinderleicht, was? Vielleicht mal probieren, Herr?“

Paps, der gerade das hatte erreichen wollen, sagte: „Nein, lieber nicht.“ Mutter wurde unruhig und zupfte ihn am Ärmel.

„Geradeaus geht es zur Veranda“, wiederholte ihr Vater.

„Hier“, sagte der Maurer und reichte Paps die Kelle. „Versuchen Sie's nur.“

Paps grinst und nahm die Kelle. Er ergriff einen Stein, wippte ihn in der Hand, klatschte mit einem Schwung den Mörtel darauf, setzte den Stein ein, krazte den überflüssigen Mörtel ab, langte nach einem zweiten Stein, wiegte ihn zurecht, und als er gerade Mörtel daraufklatschen wollte, streckte der Arbeiter die Hand aus und nahm die Kelle wieder an sich.

„Genug, Sie alter Ziegelträger“, rief er und klopfte Paps liebevoll auf den Rücken. „Sie mögen ja ein feiner Herr aus dem Osten sein, aber Sie haben in Ihrem Leben viele tausend Steine gesetzt, da laß ich mir nichts weismachen.“

Paps stützte sich mit einem blitzsauberen Taschentuch lässig die Hände ab.

„Kinderleicht, mein lieber Mann“, sagte er.

Während des Tees benahm Paps sich ganz ordentlich, aber bei seinen späteren Besuchen unterbrach er manchmal Möllers Eltern mitten im Satz, stand auf und hob Mutter von ihrem Stuhl auf.

„Entschuldigen Sie nur einen Augenblick“, sagte er zu seinen künftigen Schwiegereitern. „Ich glaube, hier oben macht Miß Lillie sich viel dekorativer.“

Er schwang sie hoch und setzte sie oben auf ein Bücherregal oder auf eine Porzellanvitrine, ging dann zurück und setzte sich wieder. Mutter wagte sich kaum zu rühren, um ihre Sitzgelegenheit nicht ins Wackeln zu bringen; so blieb sie steif sitzen, fest entschlossen, sich nichts zu vergeben. Paps tat so, als hätte er sie total vergessen, und setzte die Unterhaltung fort.

Wir wußten auch, daß Paps bei seinem ersten Wochenendbesuch bei Möllers sich mit einem tiefen Seufzer aufs Bett geworfen hatte, daß dieses zusammenbrach und ihn unter einem schweren, quastenbesetzten Bethimmel begrub.

„Was euer Pappi da alles gebrüllt hat, bevor Paps und Onkel Fred ihn aus den Quasten herausgewickelt hatten“, kicherte Mutter. „Ich kann euch sagen, da konnten wir Mädchen was lernen, und die Jungen auch. Gott sei Dank, daß er sich das heute abgewöhnt hat.“

„Und was hielt eigentlich deine Familie von ihm?“ fragten wir. „Mal ehrlich!“

„Mir war es immer unbegreiflich“, sagte Mutter mit einem Blick auf Paps, der höchst selbstgefällig lächelte, „aber sie fanden ihn einfach wunderbar. Mama sagte, mit ihm komme direkt ein frischer Wind ins Zimmer. Und Paps meinte, das sei gar keine Großtueri gewesen, wie er da die Steine gesetzt hatte; auf diese Weise hätte Vater ihnen beibringen

wollen, daß er sich anfangs mit seiner Hände Arbeit ernstlich hatte.“

„Wolltest du ihnen das beibringen, Pappi?“ fragten wir.

„Wieso denn beibringen?“ rief Paps. „Jeder, der was von New-England weiß, kennt die Bunkers und die Gilbreths oder Galbraiths, die durch den Gouverneur Bradford direkt von der Mayflower abstammen. Gar nichts wollte ich ihnen beibringen.“

„Aber warum hast du dann gemauert?“ bohrten wir weiter.

„Manche Leute“, sagte Paps, „setzen sich ans Klavier und spielen Bach, wenn sie in einen Saal geführt werden, um Eindruck zu machen. Wenn ich in einen Salon komme, dann mauere ich eben.“

Als wir mit Mutter nach Kalifornien fuhren, waren wir sieben Kinder. Fred war der Kleinste, und die ganze Fahrt von den Niagara-Fällen bis zum Goldenen Tor war er eisenbahnkrank. Lillie, die Zweitjüngste, hatte sich vor drei Wochen den Fuß gebrochen und mußte in ihrer Schlafkoje liegen. Und Mutter fühlte sich selber nicht immer ganz wohl, weil sie in drei Monaten wieder ein Baby erwartete.

Daß Mutter nun endlich zu ihren Eltern fahren konnte, bedeutete mehr für sie, als wir ahnten, und sie war sehr besorgt darum, daß wir uns von unserer besten Seite zeigten und den Beifall der Familie fanden.

„Ich weiß, ihr werdet brav und still sein und tun, was die Großeltern und die Onkel und Tanten sagen“, betonte Mutter immer wieder. „Ihr müßt immer daran denken: sie meinen es sehr gut mit euch, aber sie sind's nicht mehr gewöhnt, Kinder um sich zu haben. Sie werden euch sehr liebhaben, aber Lärm und Toberei sind ihnen ganz ungewohnt.“

(Fortsetzung folgt.)

Ausstellung der Binnenschifffahrt

Mannheim (nk). In Anwesenheit von Bundespräsident Prof. Dr. Theodor Heuß und Bundesverkehrsminister Dr.-Ing. Christoph Seeböhm hat die Haupttagung des diesjährigen Deutschen Binnenschiffahrtstages in Mannheim begonnen. Der vom Zentralverein für Deutsche Binnenschiffahrt veranstaltete Tagung war der Deutsche Hafentag 1951, vorausgegangen. Während dieser beiden Tagen sind mit ihren zahlreichen Spezialvertretern, die jedoch ausschließlich für die etwa 800 erschienenen Vertreter in- und ausländischer Schifffahrts-, Industrie-, Handels- und Gewerkekreise sowie der Ministerien und Behörden gedacht sind, wird eine vom Haus für Wiederaufbau und Wirtschaftswerbung veranstaltete Deutsche Binnenschiffahrtsausstellung auch das Interesse weiterer Publikumskreise finden. Zumeist an Hand riesiger Reliefformenstellungen mit beweglichen Modellen und optischen Effekten geben fünf ausländische — Amsterdam, Antwerpen, Rotterdam, Basel und Straßburg — 37 deutsche Binnenhäfen, unter ihnen die Städtischen Rheinhäfen Karlsruhe, die Hafenverwaltung Heilbronn und die Neckar A. G. Stuttgart ein eindrucksvolles Bild ihrer Größe und Leistungskraft.

Selbstverständlich zeigen auch Schiffsbau- und Zubehörindustrie ihre Erzeugnisse. Vom riesigen Anker, von mächtigen Dieselmotoren, Dampfmaschinen bis zur Seilwinde und zum Taucheranzug ist alles aufgeteilt. Eine Telefonzelle in der Ausstellung, von der aus man über den Rheinfunk Mannheim mit Schiffen auf dem Rhein sprechen kann, demonstriert die Vervollkommnung auch der elektrotechnischen Ausrüstung der modernen Binnenschiffahrt. In der bis zum 27. Mai offenen Ausstellung auf dem großzügig gestalteten neuen Ausstellungsgelände an der Autobahneinfahrt wird auch das kürzlich vom Stapel gelassene Motorboot Nr. 7 der Mannheimer Wasserschutzpolizei gezeigt.

Jahrestagung des Bad. Fremdenverkehrsverbandes

Karlsruhe. Der Badische Fremdenverkehrsverband e. V. (US-Zone), Sitz Heidelberg, hält seine diesjährige Jahrestagung am 1. Juni im Stadtgartenrestaurant in Karlsruhe ab. Neben der Erledigung der laufenden Tagesordnungsfragen sieht man besonders dem Bericht über Fremdenverkehrsverbandsmaßnahmen für 1951/52 mit Interesse entgegen. Bürgermeister Nenninger, Eberbach, wird über „Das Fremdenverkehrswesen in Amerika“ referieren.

Südwestdeutsche Umschau

Frankfurt (wv). Um dem Erzeuger und der Bundesbahn die schnelle Beförderung von Obst aus den Anbaugeländern zu den Verbrauchern zu erleichtern, werden Körbe mit 100 Kilo Tragfähigkeit in den Handel kommen. Die Wände und der Boden bestehen aus Blechstreifen, die Kanten aus Stahlrohr. Die Körbe haben am Boden Rollen und lassen sich daher recht leicht bewegen. Sie erleichtern dem Absender die Abfertigung und stellen schönste Beförderung sicher. Ludwigsbach (ld). Bei Waldsichbach entsteht ein Jugenddorf, in dem Entwürfe eine geistige, kulturelle und wirtschaftliche Betreuung erhalten sollen. Das „Christliche Wohlfahrtswerk“ will im ersten Bauabschnitt 15 Gebäude errichten. — Bei Erdarbeiten innerhalb des Geländes der Zuckerfabrik Neu-Ostfeld hat man vorgeschichtliche Siedlungsfunde entdeckt, die in einer in die gewachsene Erde eingetieften Grube lagen. Sie stammen aus der frühen Bronzezeit und sind etwa 4000 Jahre alt. Offenburg (fr). Mit der Begründung, die Sicherung der Ernährung sei wichtiger als das Jagdgesetz, sprach das Amtsgericht einen 73jährigen Landwirt aus Durbach frei. Er war wegen Jagdverwehrens drei Monate Gefängnis verurteilt worden, weil er auf seinen Feldern Schlangen gegen Wildschweine geschickt hatte, und hatte gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben. Lahr (y). Am 27. Mai wird das zum Ersten Deutschen Reichswahnschauhaus Lahr gehörende Thaederhaus nach fünfjähriger Besetzung durch die französische Luftwaffe wieder eröffnet. Lahr (da). Die Absatzkrise in der badischen Tabakindustrie hält weiter an. Während Ende April 1950 im Bezirk Lahr von der Kurzarbeit in der Zigarrenindustrie nur 199 Personen betroffen wurden, sind es heute rund 3000. Lahr (fr). Die drei 1943 vereinigten Lahrer Wohnungsbauvereine haben während ihres dreißigjährigen Bestehens 166 Häuser mit 375 Wohnungen erstellt. Außerdem befinden sich sieben im Bau, während 55 fast fertig sind. Wolfach (y). In Schlittach wurde nachts der Anhängen eines parkenden Fernlastzuges gestohlen. Als die Polizei ihn zwischen Hausach und Haslach wieder fand, waren sämtliche acht Reifen und der Eratzenreifen abmontiert. Triberg (y). Nach der Verkehrsstatistik besuchten 10 000 Personen über die Pfingstfeiertage die Triberger Wasserfälle.

Johann Kouril bestreitet jede Schuld

Erster Verhandlungstag gegen einen Tschechen, der im Internierungslager Deutsche umgebracht u. mißhandelt haben soll

Gestern eröffnete das Karlsruher Schwurgericht die Hauptverhandlung gegen den neununddreißig Jahre alten tschechisch-slowakischen Staatsangehörigen Johann Kouril aus Lispietz, dem in einer 29 Seiten umfassenden Anklageschrift vorgeworfen wird, aus Lust am Quälen einen Mord, mehrere Totschläge, Körperverletzungen und Mißhandlungen an Sudetendeutschen verübt zu haben. Kouril soll in den tschechischen Internierungslagern Kaunitz-Kollesch und Kleidovka bei Brünn stellvertretender Lagerkommandant gewesen sein und seine Verbrechen in der Zeit von Mai 1945 bis zum Herbst 1946 begangen haben. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld.

Wohl selten betrat ein Mensch mit solch einem Lächeln, ja geradezu fröhlichem Gesichtsausdruck den Saal des Schwurgerichtes. In hellem Anzug und rotem Binder stellte er sich den Pressephotographen in allen gewünschten Posen. Neben ihm sitzt ein Dolmetscher, da Kouril behauptet, nicht der deutschen Sprache mächtig zu sein. Ein seltsames Gefühl mag ihn



Lächelnd bestreitet Kouril am ersten Verhandlungstag jede Schuld. „Das sind alles Märchen“, sagte er. Foto: Schlesinger

bei dem Gedanken befallen, nun Auge in Auge mit jenen Menschen stehen zu müssen, die den Angeklagten als grausamen Menschen in der Hölle tschechischer Lager kennengelernt haben. Es sind 51 Zeugen von denen gestern machten einige ihre „schrecklichen“ Aussagen machten, die Kouril allerdings mit der Bemerkung abtat, man habe eine Organisation gegen ihn gebildet, um eine gewisse Propaganda zu machen. Darauf vor Vorsitzende Dr. Ernst: „Bleiben Sie immer noch dabei, außer dem Lagerkoch und eine Frau in Kleidovka, niemandem geschlagen zu haben?“ „Ja“, sagte Kouril, „sonst niemand“.

Dieses Nichtzugeben einer Schuld und Kourils starre, hartnäckige Haltung gegenüber den Zeugen, die erschütternde Dinge aussagen, kennzeichneten den ersten Verhandlungstag.

Ehe das Gericht in die Verhandlung überhaupt eintrat, stellte der Verteidiger Kourils den Antrag, das Gericht möge sich für unzuständig erklären, da staatsrechtliche Gründe gegen eine Verfahrensaufnahme wären. Der Paragraph vier des Reichsstrafgesetzbuches müsse in seiner alten Fassung Anwendung finden. Die neue Fassung sei 1940 geschaffen worden und enthalte nationalsozialistische Gedanken. Außerdem hätte, wie dieser Paragraph es vorschreibe, die sudetendeutsche Bevölkerung zu dem Zeitpunkt der Tat die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besessen. Das Grundgesetz habe bis heute die Volksdeutschen nur gleichgestellt, aber nicht als deutsche Staatsbürger anerkannt. Kourils Taten seien politische gewesen und man dürfe sie nicht aus dem Zusammenhang reißen. Das ganze tschechische Volk gehöre wegen des furchtbaren Unglücks, das sie über die Sudetendeutsche gebracht habe, auf die Anklagebank.

Dem trat der Staatsanwalt energisch entgegen und auch das Gericht billigte nach längerer Beratung nicht die Auffassung der Verteidigung und erklärte sich für zuständig.

Es wurde erklärt, der Paragraph vier des Reichsstrafgesetzbuches enthalte keineswegs nationalsozialistische Tendenzen, da er nach schweizerischem Vorbild geschaffen sei und internationalen Auffassungen entspreche, damit Straftaten, die in jedem Kulturland abgeurteilt würden, nicht aus formellen Gründen ungesühnt blieben.

Bei der vorhergegangenen Erklärung des Verteidigers ertönten im Saale Mißfallensäußerungen. Der Zuhörerraum war fast bis auf den letzten Platz von Sudetendeutschen besetzt. „Sie müssen sich von den Gefühlen der Erbitterung, des Hasses und der Rache freimachen“, sagte Dr. Ernst zu den Zeugen. Denn in diesem Verfahren ginge es lediglich um das Recht.

Der 61 Jahre alte Zeuge T. schilderte sodann, wie er in Brünn in den Maitagen 1945 verhaftet worden war und nach Kleidovka eingeliefert wurde. Alles habe man ihnen abgenommen, Kouril habe dort mit der Peitsche regiert.

„Wissen Sie mit Sicherheit, daß es Kouril war?“ fragte der Vorsitzende. „Ganz bestimmt“, erklärte der Zeuge, „ich habe ihn am Tage zwei- bis dreimal gesehen. Er war der Kommandant.“ Auch er war von dem Angeklagten geschlagen worden und einen gewissen Beinbruch erlitten. Später habe man diesen blutüberströmten in einen Militärspind gesperrt, wo er mit schweren Verletzungen tagelang festgehalten worden sei, bis der Tod ihn erlöste habe.

„Haben Sie das alles selbst gesehen?“ fragte der Vorsitzende.

„Ja, das habe ich.“

Der Tagesdurchschnitt an Toten im Lager Kleidovka sei 17 gewesen. Auch Typhus und Fleckfieber hätten fürchterlich gewütet.

Zeuge T. der ebenfalls dort litt, war es gelungen, einen Gummiknüppel aus dem Lager nach Deutschland zu schmuggeln. „Es ist Kourils Knüppel“, sagte dieser, „damit hat er die Leute aus geringfügigen, von ihm selbst gewollten Anlaß blutig geschlagen“.

„Täuschen Sie sich nicht?“

„Es ist kein Irrtum!“

Eine der erschütterndsten Aussagen machte der ehemalige Brünnler N. Zweimal war er von Kouril geschlagen worden. Das war in der

Hölle von Kaunitz-Kolleg. Obwohl Kouril behauptete, nie in Kaunitz-Kolleg gewesen zu sein, mußte er betroffen schweigen, als N. schilderte, wie sie nachts von ihrem dürrtrocknen Lager mit Schlägen aufgeschreckt worden seien, und Kouril mit seiner Wachmannschaft gestanden hätte. „Was wollt ihr deutschen Gestandenen?“ habe er gefragt. „Polka Schweine tanzen?“ habe er geantwortet. „Dann habe man sie gezwungen, Walzer zu tanzen, während Kouril und seine Schergen sie dabei gepötscht hätten. Am Ende habe Kouril sie gezwungen, aus einem mit Blut und Urin gefüllten Eimer zu trinken. Den Russen sei einiges davon zu Ohren gekommen und sie hätten das strikte verboten.“

„So ein Bart!“ sagte Kouril auf Tschechisch und bezeichnete die Aussagen der Zeugen als Märchen. Mit slawischer Beredsamkeit will er durch Gegenfragen stets peinlichen Aussagen entgegen. Er gab sich munter und guter Dinge. Nichts konnte ihn bis jetzt erschüttern. Doch die Zeugen beherrschten sich mühsam. Sie wurden erregt und Kourils hartnäckiges Bestreiten brachte sie zuweilen außer Fassung. „Ich habe vergangene Nacht das Gericht Gottes gesehn“, sagte Kouril anfangs der Verhandlung, „das wird nicht erlauben, daß man mich verurteilt.“ H. P.

1951 wieder Große Baden-Badener Rennwoche

„Großer Preis von Baden“ am 26. August — Die traditionellen Prüfungen in Iffezheim

Baden-Baden. Die Große Baden-Badener Rennwoche wird nach über zehnjähriger Pause in diesem Jahr zum erstenmal in der Nachkriegszeit wieder im alten Glanze erstehen. Die Ausschreibungen für die in der Zeit vom 19. bis 26. August stattfindenden internationalen Rennen sind erschienen und haben in den Hauptzentren des europäischen Rennsports ein lebhaftes Echo gefunden, weil fast alle traditionellen Prüfungen in dem dreitägigen Programm des Internationalen Club wieder auflieben. Der landschaftlich herrlichste deutsche Rennplatz seit nahezu einem Jahrhundert ein Treffpunkt der besten Vollblüter, ist nach der Freigabe durch die französische Besatzungsmacht mit einem Aufwand von 50 000 DM wieder hergerichtet und aufgebaut worden.

Von den bedeutenden Prüfungen ist nur das Fürstener-Rennen weggefallen, während alle anderen klassischen Rennen im geschickt aufgearbeiteten Rennprogramm der Großen Baden-Badener Rennwoche enthalten sind. Der Große Preis von Baden-Baden ist mit 40 000 DM nach dem Deutschen Derby das höchstdotierte Rennen von Deutschland. Insgesamt stehen für die drei Renntage, Dank der Unterstützung der Bäder- und Kurverwaltung und der Spielbank,

Bahnhof Kehl wird frei

Kehl (y). Am 1. Juli wird der Bundesbahnhof Kehl von der französischen Besatzungsbehörde freigegeben. Die Rückgabe erfolgt im Rahmen der Räumung eines Teils des Stadtkerns mit der Schul- und Kinzigstraße. Auch ein Teil des Hafengebiets wird wieder frei. Wirtschaftlich mißt man gerade der Freigabe des Hafens große Bedeutung zu, da schon mehrere Firmen ihr Interesse an einer Niederlassung bekundet haben, wenn die Verhältnisse im Hafengebiet geklärt sind. Mit den nun endgültig feststehenden Freigaben ist Kehl wieder von allen Seiten auf den Straßen erreichbar. Nur der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft ist es noch nicht gelungen, ihre direkte Verbindung durch Kehl wieder aufzunehmen. Die Reisenden aus dem Norden müssen noch immer an der Kinzigbrücke aussteigen.

Kirchensteuer in Alkohol umgesetzt

Offenburg (y). Zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis sowie 50 DM Geldstrafe wurde ein 31 Jahre alter arbeitsloser Mann verurteilt, der als Kassierer der evangelischen Kirchengemeinde in Eckartsweiler und in Wirtschurst 600 DM unterschlug und sie in Wirtshäusern vertrank. Der Schwindler wurde aufgedeckt, als sich der Pfarrer darüber wunderte, daß selbst die Kirchengemeinde keine Kirchensteuer bezahlten. Nachforschungen ergaben dann, daß der Kassierer das Geld ordnungsgemäß quittiert, aber nicht in die Kassenbücher eingetragen hatte.

Weil die Milch 40 Pfennig kostet ...

Säckingen (hb). Neun Milchgenossenschaften des Landkreises Säckingen sind durch Strafbefehle des Landratsamtes zu hohen Geldstrafen verurteilt worden, weil sie seit fast zwei Jahren die Vollmilch zu 40 Pfennig je Liter verkaufen, während der amtliche Richtpreis für nicht entkremte Milch nur 36 und pasteurisierte 38 Pfennig beträgt. In einer gemeinsamen Versammlung lehnten die Genossenschaftsvertreter sowie die Bürgermeister der betroffenen Städte und Gemeinden die Strafbefehle ab und wollen eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen. Sie begründen ihre Haltung damit, daß das Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung in Freiburg, das jetzt die Strafbefehle beantragt, die Preisobergrenze stillschweigend beantragt, in einigen Orten sogar anerkannt habe. Die Genossenschaften hätten die 40 Pfennig ausdrücklich gebilligt.

Silber in die Schweiz geschmuggelt

Ravensburg (bn). Es war nur ein kleiner Teil eines Silberschmuggleringes, der sich vor dem Ravensburger Schöffengericht zu verantworten hatte. Ein 39jähriger Kaufmann aus Zürich, und zwei Rumänen (DPs) saßen auf der Anklagebank. Ein Groß-Schmuggel von etwa sieben bis acht Tonnen Feinsilber kam auf ihr Konto. Das Feinsilber, das einen Wert von nahezu einer Million DM ausmachte, war von Deutschland in die Schweiz mit hohem Gewinn illegal ausgeführt worden. Dem Schweizer Kaufmann konnten mehrere Schmuggelfahrten, bei denen er etwa 540 kg Feinsilber ohne Ausfuhrbewilligung nach der Schweiz mitnahm, nachgewiesen werden. Auf der Rückfahrt von der Schweiz nach Deutschland hatte der Schweizer 3500 US-Dollar nach Deutschland geschmuggelt, die zur Bezahlung des Silbers in Deutschland gebraucht wurden. Die beiden Rumänen wirkten bei diesem raffinierten Groß-Schmuggel als Zubringer — natürlich gegen Gewinnbeteiligung! — mit.

die beiden rumänischen DP's eigentlich an die Staatskasse zu zahlen gehabt. Auch hier hat sich die Geldstrafe durch „langes Sitzen“ amortisiert. Es sind nur noch 5000 DM zu bleichen. Immerhin konnte den beiden Rumänen nachgewiesen werden, daß sie an einem 2,3 Tonnen Feinsilber-Schmuggel im Werte von rund 230 000 DM beteiligt waren. Und dabei werden wohl mehr als je 5000 DM „abgefallen“ sein.

Zwanzig Meter tief abgestürzt

Freudenberg/Main (swk). Von einer Jugendgruppe aus Offenbach (Main) stürzte ein 14jähriger Junge ab. Da es noch dunkel war, verfehlte er in den Ruinen den Weg und stürzte ca. 20 Meter tief ab. In schwerverletztem Zustande wurde er in das Miltenberger Krankenhaus eingeliefert. Der Unfall ist um so tragischer, als von demselben Jugendgruppe ein Teilnehmer im vergangenen Jahre fast genau an der gleichen Stelle von der Ruine abstürzte.

Bauern und Meteorologen im Gespräch

Hohenheim. Der Einfluß der Witterung auf die Ernteerträge und Fragen des Bodenwasserhaushalts wurden u. a. auf einer agrarmeteorologischen Tagung behandelt, an der mehr als 200 Landwirte und Meteorologen aus Ost- und Westdeutschland der Schweiz und Österreich teilnahmen. Vorträge und Fachreferate zeigten, daß die Ernteerträge durch sachgemäße Bodenbedeckung und durch Windschutzmaßnahmen um 10—20% steigern lassen. Der Frostbekämpfung mit Hilfe von Beregnungsanlagen und Geländeumverteilung wurde großes Gewicht beigemessen.

„Die erste Frau Selby“

Erstaufführung im Schauspielhaus des Badischen Staatstheaters

Über die dreiteilige Komödie von St. John Ervine ist nicht viel zu sagen. Ein Konversationsstück um einen reichen Engländer, der sich wegen eines Plättchens scheiden ließ, um schließlich nach gewissen peinlichen Erfahrungen reumütig zu seiner ersten Frau zurückzukehren. Wie bei allen solchen Stücken, kommt es hier nicht so sehr auf die Handlung an, als vielmehr auf das reizende Drum und Dran, auf die Leichtigkeit des Tons und den kultivierten Sprachstil. Dinge, um die sich Alfons Kloeble als Regisseur mit gutem Erfolg bemüht hat. Der Abend hatte Stil, vom Bühnenbild Wilfried Ottos angefangen bis zu den Kostümen (Margarete Schellenberg und Werkstätten Celina-Moden). Was ihm aber das besondere Gepräge gab, war Lola Ervine in der Titelrolle, mit der sie eine 25jährige erfolgreiche Bühnenlaufbahn und eine 20jährige Zugehörigkeit zum Bad. Staatstheater abschloß. Den älteren Theaterbesuchern steht noch manche ihrer großen Rollen unvergessen in der Erinnerung, eine lange Reihe von einprägsamen, immer original und persönlich gestalteten Bühnenfiguren, an deren Ende die Abtissin im „Damenstift“ stand mit der ergreifenden Wandlung von starrer Würde zu schuldbehafteter Menschlichkeit. Wir denken an ihren heiteren Konversationsstücken wie an die Erschütterungen ihrer tragischen Auftritte und dürfen hier auch noch an ihr Märchenspiel vom holländischen Prinzen erinnern, das Pforzheim zur Uraufführung brachte und das dann am Bad. Staatstheater mit viel Erfolg gespielt wurde. Vielleicht, daß diese geistig rege Frau uns noch mit weiteren Stücken überraschen wird, in denen sich ihre schriftstellerische Begabung mit

ihren reichen Bühnenerfahrung zu schöpferischer Leistung verbinden könnte. Die Mrs. Janet Selby ist eine Rolle, in der Lola Ervine ihre besten Seiten zur Entfaltung bringen konnte, eine lebenswürdige Frau reifen Alters von überlegener Menschlichkeit, die jeden, der in ihre Bannkreise ihrer Ausstrahlung gerät, mit mildem Zwang auf die rechte Bahn lenkt, und die selbst mit dem keck-vorlauten Sohn Ninian (von Werner Wedekind mit natürlicher Unbefangenheit gespielt) fertig wird. Mit schmunzelnder Genugtuung verfolgt man am Schluß ihren mehr mit den Mitteln des Herzens als mit Diplomatie geführten Kampf um den Mann, dessen Egoismus schließlich von der inneren Größe dieser Frau kapitulieren muß. Hans Herbert Michels brachte in der Gestalt dieses harmlos-haltlosen James Selby die ganze Verquältheit und Unsicherheit eines labilen Charakters zu packender Wirkung. Daß

Kulturnotizen

Die 67. Wander-Versammlung südwestdeutscher Neurologen und Psychiater wurde am Wochenende im Kurhaus von Baden-Baden eröffnet. Die Gründung einer „Deutschen Prähistorischen Gesellschaft“ wurde auf der Altertumsforscher-Tagung in Trier beschlossen.

Das neue Stadttheater in Lindau wurde am Wochenende in Anwesenheit der Kultusminister von Bayern und Württemberg-Hohenzollern mit einer Aufführung von Mozarts „Figaros Hochzeit“ durch das Staatstheater München eröffnet.

Die Fantomine „Ratatulu“ (Der Clown und die Tänzerin) von Erica von Schulzness zu einer Musik von Wolfgang Zeller wird am 27. Mai im Deutschen Theater in Göttingen unter Heinz Hilpert's Regie aufgeführt.

er sich um eines Geschöpfes willen, das nichts als den Geuß kennt, von seiner famosen ersten Frau trennen konnte, beleuchtet hinlänglich seinen Charakter; denn diese Elsie, die uns Ursula Schinderhütte mit charmanter Verderbtheit und mit der ganzen sprühenden Lebendigkeit ihres Temperamentes vor Augen stellt, steht in dem eindeutigem Widerspruch zur Atmosphäre des Selbyschen Hauses. Der Sohn Georges, der ebenfalls dort litt, war es gelungen, einen Gummiknüppel aus dem Lager nach Deutschland zu schmuggeln. „Es ist Kourils Knüppel“, sagte dieser, „damit hat er die Leute aus geringfügigen, von ihm selbst gewollten Anlaß blutig geschlagen“.

So sehr auch Lola Ervine in der dominierenden Titelrolle im Brennpunkt des Abends stand, so lag doch der Vorzug der Aufführung in der ausgewogenen Ensemble-Leistung. Der Erfolg war eindeutig, der Beifall, besonders für Frau Ervine, stark und herzlich.

Werner Egks musikalisches Bühnenwerk Columbus, Bericht und Bildnis brachte die Berliner Stadt. Oper zu Eölen des Geburtsfestes des Komponisten in völlig neuem Bühnenstil. Die neue Fassung des ursprünglich für den Rundfunk geschaffenen Werkes, die der Komponist selbst dirigierte, fand lebhaften Beifall.

Ein Institut für musikalische Technologie ist in Lindau eingerichtet worden. Leiter des Instituts ist Prof. Hermann Matzke, der in Breslau das einzige Institut dieser Art in Europa geschaffen hatte. Die Stadt Salzburg soll ein neues Glockenspiel erhalten, das im Turm von St. Peter eingerichtet wird und etwa 20 Kompositionen von Mozart umfaßt.

Hans Moser ist nach seinem letzten Gastspiel in den deutschsprachigen „Kammerspielen“ in Santiago de Chile wieder nach Europa abgereist.

Neue Wege christlicher Kunst

Ausstellung nordbadischer Künstler im Karlsruher Hedwigsheim

Die Künstler suchen heute in ihren schweren Existenzkampf nach neuen Wegen einer Bezeugung mit dem Volk, da sich zu den offiziellen Kunstaustellungen nicht immer die Leute einfinden, auf die es ankommt. So muß man versuchen, auf die es ankommt, zu gehen, als ein interessanter und nachahmungswerter Versuch betrachtet werden. moderne Künstler werke nicht reihenweise nach den üblichen Ausstellungspraktiken zu zeigen, sondern sie so darzubieten, wie sie in Privatwohnungen hängen würden: aufgelockert und im harmonischen Zusammenhang mit der gesamten Einrichtung. Der Versuch wurde in Karlsruhe gemacht. Da das Heim für jedermann zur Besichtigung offensteht, kann sich der Besucher, der ursprünglich vielleicht gar nicht um der Kunst willen gekommen ist, ein anschauliches Bild von der Wirkung moderner Kunst im Wohnraum machen. Der Erfolg ist überraschend. Man spürt zunächst, daß es auf den Gesamtstil einer Zimmereinrichtung ankommt, die natürlich modern sein muß, um mit dem Stil der Gegenwarts-kunst zu harmonieren. Sachlich und zweckhaft gearbeitetes Mobiliar, wie es sich heute weit und breit durchgesetzt hat, verlangt geradezu nach einer entsprechenden künstlerischen Ergänzung. Die junge Familie wird also bei der Gestaltung ihres Heims leichter geneigt sein der zeitgenössischen Kunst Raum zu geben, als die Besitzer von Altwohnungen mit ihrem „historischen“ Inventar.

Kärcher aus Reichenbach lassen sich z. B. in ihrer manchmal an alte Zellenschmelz-Techniken erinnernden Art vorzüglich mit moderner Keramik zusammenstellen: die mit kraftvollem Farbauftrag gemalten Blumenstücke von Clara Krefz verleihen einer tapetenfreien Wand blühendes Leben. Emil Wächters Gemälde fordern wegen der Kühnheit der Auffassung am stärksten zur Diskussion heraus. Er vermeldet in den beiden großen Madonnen die Komplementärfarben und gibt bei der einen eine Skala von Grün-Blau, bei der anderen ein differenziert abgestuftes Rot. Eine Landschaft von Otto Stölzer erweckt bei durchaus persönlicher Auffassung und originaler Farbgebung einen sehr ansprechenden harmonischen Eindruck. Auf gleich hoher Ebene steht H. Mannel, der im Sinne des deutschen Expressionismus sich zwar von der Naturgebundenheit freimacht aber innerhalb des Bildraumes die Farben in eine künstlerisch notwendige Beziehung zueinander setzt.

Ludwig Barth zeigt einen eindrucksvollen Glasfensterverwurf von meisterlicher Flächenaufteilung. Ludwig Rumpelhardt haben einige farbigen Holzschnitten eine interessante Landschaft mit klarer Umrißzeichnung und Helene Bauer ein in zarten Pastellönen gehaltenes Gemälde.

Die Plastik ist mit wenigen, aber höchst eindrucksvollen Schöpfungen von Emil Sator und Erich Lipp vertreten. Der von dem letzteren Künstler geschaffene große Kruzifixus wurde vom Heim erworben und besichert mit seinen wichtigen Formen die Stimmwand des Speisesaals.

# Binnenschifffahrt kämpft um ihren Platz

Auf dem Ende der Vorwoche in Mannheim abgehaltene Deutschen Binnenschifffahrtstag beauftragte Direktor Schreiber vom Zentralverein für die deutsche Binnenschifffahrt aktuelle Fragen der Binnenschifffahrt (wir haben die wesentlichen Punkte bereits vor einiger Zeit wiedergegeben). In zunehmendem Maße sei ein Eindringen der ausländischen Binnenschifffahrt in den deutschen Verkehr festzustellen. Das gilt vor allem für das Rheinstraßengebiet, aber in wachsendem Maße auch für den Bereich der westdeutschen Kanäle. Die noch keine Frachtereinigkeiten mit der ausländischen Schifffahrt werden konnte und das System der Fest-Frachten werden internationale Verkehr gilt, müßte sich die deutsche Binnenschifffahrt im grenzüberschreitenden Verkehr einem teilweise recht empfindlichen Frachtereinigungsdruck anpassen. Die geschäftlichen Ergebnisse aus der stärkeren Einschätzung der deutschen Binnenschifffahrt in den Auslandsverkehr waren deshalb verhältnismäßig gering.

## Überalterung

Die Binnenflotte des Bundesgebietes verfügte Ende 1950 über einen Frachtraum von 3,1 Mill. t Tragfähigkeit, wie Oberregierungsbaaurat Dipl.-Ing.

Hartung (Bonn) mitteilte. Damit waren erst rd. 65% der 1938 im Bereich der heutigen Bundesgebiete vorhandenen Tragfähigkeit erreicht. 1950 erweiterte sich der Frachtraum hauptsächlich durch Erweiterung von Kriegsschäden um 94 000 t. Durch Umbau von Köhnen und Neubau ist der Anteil des Selbstfahrerraumes auf 19,4% des Gesamtfrachtraumes im etwa 37 000 t zurückging. Von dem gegenwärtig vorhandenen Frachtraum von 3,1 Mill. t stammen 670 000 t noch aus der Zeit vor 1930. Das Durchschnittsalter des Frachtraumes beträgt 36 Jahre, bei der Rheinflotte sogar 37 Jahre und das der Schleppkraft 32 Jahre. In der Motorisierung ist die Deutsche Bundesrepublik gegenüber dem Ausland auf dem letzten Platz zurückgefallen.

Prof. Dr. A. Seehorn (Münster i. W.) erklärte für die Binnenschifffahrt stelle ein Mittelglied zwischen der Planwirtschaft und dem Laissez faire seiner Ansicht nach die zweckmäßigste Lösung, da indem teilweise der Verleger, teilweise der Staat die Ordnungskomponente fungieren. Die Zuspitzung des Wettbewerbs zwischen Bundesbahn und Schifffahrt hat dazu geführt, daß im Durchschnitt der Anteil des Schienentransports am gebrochenen Weg von 60% im Jahre 1929 auf 91,4% im Jahre

1951 gegenüber dem direkten Bahnweg angestiegen sei. Diese Entwicklung liege begründet einmal im Kraftwagenwettbewerb, der zu Lasten der Binnenschifffahrt die Eisenbahn entlastet habe, zum anderen in der kurzzeitigen Einstellung der deutschen Verleger, die eine substanzzehrende Entwicklung der Binnenschifffahrt bedenken sollte, zum dritten in dem Mangel einer einheitlichen Verkehrspolitik. Eine ständige Regelung der Binnenschifffahrt werde von der Verlegerseite als nicht möglich und vom Angebot her als unerwünscht bezeichnet.

## Entwicklungsraum gefördert

Das Unternehmertum in der Binnenschifffahrt muß erhalten bleiben und sollte vom Bundesverkehrsminister in der Verkehrspolitik betont werden, sagte der Präsident des Zentralvereins für Binnenschifffahrt, Prof. Dr. Otto Most, auf der Haupttagung des Deutschen Binnenschifffahrtsverbandes. Die Binnenschifffahrt wünsche keine künstliche Bevorgung, fordere aber Raum für die Entfaltung ihrer natürlichen Gegebenheiten und Sicherung gegen ungesunde Konkurrenz. Sie fühle sich mit den europäischen Gedanken verbunden, wobei die Grundtendenz der nationalen wirtschaftlichen Verhältnisse Voraussetzung für eine gezielte europäische Zusammenarbeit sei. Bundesverkehrsminister Dr. Seehorn hob die Unabhängigkeit des Verkehrs von den technischen Möglichkeiten hervor. Wenn die Entwicklung der Binnenschifffahrt so weit fortgeschritten sei, daß sie unabhängig von Witterungseinflüssen und sonstigen Hemmnissen Tag und Nacht eingesetzt werden könne, würden sich daraus ungemessene Vorteile für den anderen Verkehrsträger ergeben.

Ministerialdirektor Dr. Ludwig Seletmann (BVM) führte aus, die deutsche Verkehrspolitik in der Gegenwart wie in der Vergangenheit auf die gleichmäßige Förderung aller Verkehrsmittel auszugehen und mehr und mehr dazu überzugehen, diese durch eine Koordination der Verkehrsströme sicherzustellen. Im Verhältnis zwischen Staat und Binnenschifffahrtsgewerbe sei in den letzten Jahrzehnten insofern ein grundsätzlicher Wandel eingetreten, als der Staat auch bei der Erfüllung der Verkehrsaufgaben und der Substanzhaltung der Verkehrsträger tätig werden mußte. Hinsichtlich der kommerziellen Betätigung der Binnenschifffahrt sei der Staat im wesentlichen auf die behördliche Aufsicht über Organisation und Frachtereinigung beschränkt. Der Staat über den gewerblichen Binnenschifffahrtsverkehr werde, wie seit 1931, das staatliche Bemühen um die Stärkung des Ordnungswillens in diesem Bereich tragend sein. Der Gesetzgeber habe an den Frachtausschüssen und den Schiffeverbänden fest.

# Hand- oder Maschinenarbeit in der Zigarrenindustrie

Seit dem Kriege hat sich die Zigarren-Industrie, zumal die badische, nicht mehr recht erholt. Nach einem kurzen Aufschwung im Jahre 1950, bedingt durch die Steuerreform Anfang 1950, steht sie jetzt erneut in einer Krise. Aus dem Bruchsaler Bezirk werden zahlreiche Entlassungen gemeldet, die teilweise Massencharakter angenommen haben. Ähnlich berichtet Südbaden von einem starken Absinken von Umsatz und Produktion. Die neuerliche Krise deutet auf eine strukturelle Notlage der Zigarren-Industrie hin. Sie hat im wesentlichen zwei Ursachen. Einmal der Wandel der Rauchergewohnheiten, im vergangenen Jahre hat die Zigarren-Industrie die Steuererhöhung für ihre Erzeugnisse propagandistisch geschickt ausgenutzt und ein merkliches Steigen der Umsätze erzielt. Doch der Sog der Zigarette war stärker. Vielen neugewonnenen Zigarrenrauchern schmeckte die Zigarre eine Zeitlang sehr gut, weil sie eine Abwechslung bedeutete. Einzelne Erzeuger verbesserten die Mischung, als sie ein erstes Abbröckeln der Nachfrage bemerkten. Das nützte aber nur wenig. Die Zigarre hat wohl einige anhängliche Verbraucher-Reserve. Was ihr aber nützt, ist die Frage des Massenkonsums. Freilich bemüht die Zigarren-Industrie sich, den Rauchern die Zigarre auf die oder jene Weise „schmackhaft“ zu machen. So haben einige Fabriken im Lehrstuhl für die „Filterzigarette“ und „Filterstumpfen“ in ihr Produktionsprogramm aufgenommen. Der Erfolg dieser Bemühungen bleibt abzuwarten.

Ein zweites ist die Rückständigkeit der Zigarren-Industrie in der badischen Wirtschaft. Die Zigarren-Industrie ehemals einen bedeutenden Platz ein. Aus handwerklichen Anfängen heraus hat sie in der Vielzahl der Fälle nie weit hintergekommen. Das ist für sie heute ein Nachteil. Ihr fehlt jene gut ausgebildete Verkaufsorganisation, wie sie den Großfirmen besonders in

Rheinland-Westfalen zur Verfügung steht. Schwerwiegend das Verbot der Neuaufstellung von Maschinen, das aus dem Jahre 1933 stammt. Damals die Erzeugung von Zigarren fest, wie sie jetzt erneut angestrebt werden, und erließ ein Gesetz, wonach Maschinen für die Zigarren-, Zigarillo- und Stumpfen-Industrie nicht mehr aufgestellt werden durften; damit sollte weitere Arbeitslosigkeit verhindert werden. Seit dem Kriege sind fast nicht mehr nach jenem Gesetz, das nach wie vor gültig ist, richten. Sie gewinnen dadurch in Preisvorsprung vor den badischen Firmen, die das Gesetz weitgehend beachten. Eine Stellungnahme der Regierungsstellen zu dem Gesetz wäre daher in Baden dringend erwünscht; entweder sie bestätigen das Gesetz und schaffen eine neue Regelung, oder aber sie schaffen eine neue Regelung, die nach dem Grade der Verwendung von Maschinen differenzieren. Es wäre doch Unsinn, primitive Arbeitsmethoden jahrzehntlang am Leben zu lassen, wenn es auf Kosten der Verbraucher zu gehen, deren Produkte zu teuer empfunden werden, die günstiger steuerliche Erstattung nicht genügt, den Kostenvorsprung der Maschinen auszugleichen. Allerdings würden bei Maschinenarbeit für die gleiche Produktion nur halb so viel Menschen beschäftigt werden wie bei Handarbeit. Es ist aber die Frage, ob die Beschäftigung bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ebenso stark abnimmt oder abgenommen hat, Mit Maschinen bestünde immerhin die Hoffnung, zwar nicht die Beschäftigung, aber wenigstens die Produktion in der Zigarren-Industrie auf dem augenblicklichen Stand oder darüber zu erhalten und damit Steuer-ausfälle zu verhindern. F. F.

## „Werbung überbrückt Ländergrenzen“

Auf dem Reklamekongreß 1951, verbunden mit einer Versammlung in Hamburg, bezeichnete Bundeswirtschaftsminister Erhard die Werbung eines Landes als ein hervorragendes Spiegelbild seiner Volkswirtschaft. Sie bringe zum Ausdruck, welcher Grad an Zivilisation besteht. Ferner trage sie zur Stabilisierung des Lebensstandards bei. Eine Stabilität, vor allem auch in den einzelnen Betrieben, sei aber nur möglich, wenn sich die Werbung mit dem Leistungswillen paare.

Erhard wandte sich gegen jene Auffassung, die in der Reklame einen Verlust von Volkswirtschaft sieht. Man könne zwar sagen, daß die für die Werbung aufgewendeten Mittel nicht mehr unmittelbar der Güterproduktion zur Verfügung stehen. Durch die Werbung neuer Bedürfnisse gingen die für ihre Zweckaufwendung Mittel dennoch keineswegs verloren.

Der Präsident des Zentrallausschusses Werbewirtschaft, Direktor Dürmeier, München, stellte die Bedeutung des ZAW und der Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbemitteln (IVW) heraus. Nach seinen Worten vertieften sich heute 500 Zeitungen und 550 Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 46 Mill. Exemplaren der Überwachung ihrer Aufschriften. Der ZAW strebe an Stelle einer Selbstkontrolle die Selbstdisziplin des einzelnen an.

Der Präsident des Linguaphone-Institute of America, Max Sherover, behandelte an zahlreichen praktischen Beispielen die Auswertung und Entwicklung von Markenzeichnungen in den Vereinigten Staaten. Er hob in seinem Ausführlichen hervor, daß eine Handelsmarke allein keinen Erfolg verbürgt, wenn sie nicht durch konzentrierte und laufende Werbung unterstützt wird. Die Identifizierung einer Handelsmarke mit einem Erzeugnis oder einer Leistung durch den Käufer biete eine Qualitätssicherung gegen Konkurrenzansprüche. Grundlage einer Werbung müsse aber stets eine umfassende Marktforschung sein, die Gewähr für den anschließenden Verkaufserfolg biete.

## Kein „Butterüberschuß“ in Württ.-Baden

Von einem „Überangebot“ an Butter sei, wie vom Württembergischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband erklärt wird, in Württemberg-Baden in keiner Weise die Rede. Die im März erzeugte Butter reiche aus, um den Bedarf zu decken. Die sogenannte Übergangsbutter werde in unserem Land überhaupt nicht erzeugt. Eine „Milchwarmerne“ sei in diesem Jahre um so weniger zu erwarten, als die kalte Witterung der letzten Wochen und der damit einhergehenden Kraftfuttermittel zu einer solchen Entwicklung zur Zeit keinen Anlaß gibt.

## Produktionshöchststand in Württ.-Baden

Die industrielle Produktion in Württemberg-Baden hat im April 147,3% des Standes von 1936 erreicht und damit den bisher höchsten Stand seit der Währungsreform vom November 1950 leicht überschritten. Der Wert der im April 1951 exportierten Waren im Vergleich mit dem Wert der im April 1936 exportierten Waren betrug 140,3%. Die Produktion im April 1951 gegenüber dem April 1936 betrug 147,3%. Die Produktion im April 1951 gegenüber dem April 1936 betrug 147,3%. Die Produktion im April 1951 gegenüber dem April 1936 betrug 147,3%.

## Kurze Wirtschaftsnotizen

Der Überschuß im kommerziellen Außenhandel der Bundesrepublik im April macht es voraussichtlich möglich, der Aufstellung des Einfuhrprogramms für Juli einen Platfond von 190 bis 200 Mill. zugrunde zu legen.

Die Umsätze des Einzelhandels in der Bundesrepublik waren im April 1951 gegenüber dem April 1950 um 10% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Da jedoch die Preissteigerungen in den letzten zwölf Monaten diesen Prozentsatz überschritten, sei der Umsatz mengenmäßig niedriger als vor einem Jahr. Die Gesamtproduktion der USA am Flugzeugen für zivile Zwecke belief sich im Jahre 1950 auf 3520 Maschinen mit einem Wert von 100 Mill. Dollar. Auf Verkehrsflugzeuge entfielen dabei 129 Maschinen mit einem Wert von insgesamt 61,4 Mill. Dollar, während sich die Zahl der Privatflugzeuge auf 3991 Maschinen mit einem Gesamtwert von rd. 18,8 Mill. Dollar stellte.

Das Nutzungsalter eines Lastkraftwagens in den USA betrug im Jahre 1941 durchschnittlich 5,6 Jahre, während sich gegenwärtig der Durchschnitt auf sieben Jahre stellt. Rund 2,5 Millionen Lastkraftwagen weisen heute ein Gebrauchsalter von zehn und mehr Jahren auf, gegenüber nur 888 000 Einheiten vor dem Kriege.

Aus Frankreich hat am 1. August 1950 die Produktion von 3 Mill. Bata-Rohwolle verkauft, die einen Erlös von 568,43 Mill. austral Pfund erbrachte. In der gleichen Vorjahreszeit erzielte eine annähernd gleiche Menge Wolle 281,874 Mill. austral Pfund. Im April 1951 betrug die Zeitungspapierproduktion in Kanada 447 551 tons gegenüber

422 774 tons im April vorigen Jahres, gab die Vereinigung der Zeitungspapier-Produzenten Kanadas bekannt. Die Vereinigten Staaten übernahmen 401 897 tons, 2,3% mehr als im April 1950.

In den letzten Wochen wurden viele hundert deutsche Grenzänger aus dem benachbarten Baden von Schweizer Betrieben neu eingestellt. Der Handel hält die Nachfrage nach Metall- und Baubearbeiteten, Hotelgeräten, Hausangestellten und landwirtschaftlichen Arbeitskräften an. Vor allem in der Schweizer Landwirtschaft hat sich der Mangel an Personal durch die Abwanderung einheimischer Landarbeiter zu dem besser bezahlten Stellen in der Industrie erheblich verschärft. Die Handelschiffahrt der Bundesrepublik floßen in den ersten drei Monaten 1951 aus Chartern und Frachten im Verkehr mit dem Ausland Einnahmen von rd. 44,4 Millionen DM. Zu diesen Einnahmen standen Unkosten, die in Devisen bezahlt werden mußten, von 14,7 Mill. DM gegenüber. Die Netto-Deviseneinnahme bzw. -erparnis beträgt demnach 29,7 Mill. DM gegenüber 1950. Die ersten drei Monate des Vorjahres.

Die Deutsche Bundesrepublik lieferte nach amtlichen Statistiken im März d. J. Lebensmittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse im Werte von 40,11 Mill. DM aus. Hauptabnehmer waren Großbritannien mit 12,03 Mill. DM, Holland mit 6,51 Mill. DM und Frankreich mit 2,84 Mill. DM.

Amerikanische Touristen haben 1950 rund 396 Mill. Dollar (1683 Mill. DM) in den Marshallinseln ausgegeben, 32 Prozent mehr als 1949.

## Badische Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft

Das Spitzeninstitut des badischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes legte dem Karlsruher Verbandstag die Eröffnungsbilanz vor. Die Geschäftsbilanz und -anteile werden 1:1 umgestellt; außer den Geschäftsguthaben von 448 000 DM ergab die Neubewertung ein Eigenkapital von 2,35 Mill. DM. Davon wurden 1,26 Mill. der gesetzlichen Reserve und 1,01 Mill. den sonstigen Reserven zugewiesen. Die Verbindlichkeiten betrugen 900 DM. Das Anlagevermögen wurde mit 1,17 Mill. DM, das Umlaufvermögen mit 2,34 Mill. DM ausgewiesen, davon 1,99 Mill. Warenvorräte.

Die Bilanz zum 31. 12. 1949 spiegelt die starke Neuentwicklung der Genossenschaften nach der Währungsreform wider. Die sonstigen Reserven der Eröffnungsbilanz wurden zu außerordentlichen Abschreibungen auf das Anlagevermögen verwendet. Die Kreditverbindlichkeiten stiegen auf 6,70 Mill., das Umlaufvermögen auf 2,35 Mill., darunter Warenvorräte 3,42 Mill. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergab bei rd. 7 Mill. Bruttogewinn einen Reingewinn von 124 000 DM.

Die Mitgliederzahl war Ende 1949 1224 wie bei der Währungsreform. Sie stieg Ende 1950 auf 1236. Zu diesem Termin gehörten der Zentralgenossenschaft an 907 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 185 Spar- und Darlehnskassen, 108 Milch- und Molkereigenossenschaften, 14 Lagerhausgenossenschaften, 23 Einzelpersonen. Der Warenumsatz betrug 43,18 Mill. Bei insgesamt 5,19 Mill. Bruttoerlösen ergab sich ein Reingewinn von 173 000 DM ausgewiesen, von dem 140 000 DM an die Betriebsrücklage gehen und 27 200 DM an einer 6prozentigen Verzinsung der Geschäftsanteile verwendet werden. In der Bilanz haben sich die Kreditverbindlichkeiten weiter auf 10,36 Mill. erhöht, sonstige Verbindlichkeiten auf 0,55 Mill. (94 000). Die Warenvorräte wiesen auf 5,02 Mill. gestiegen, die Forderungen auf Grund von Warenlieferungen auf 7,11 Mill.

## Badische Landwirtschaftsbank

Das Kreditinstitut der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften hatte bereits im Vorjahr zu seinen 50-jährigen Bestehen die RM-Schlussbilanz vorgelegt. Die DM-Eröffnungsbilanz weist nur noch eine Bilanzsumme von 3,76 Mill. DM aus, d. s. 0,47% der RM-Schlussbilanz. Grund ist das Erlöschen sämtlicher Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditgenossenschaften und dem Reich an Wertpapieren und Forderungen. Das vorläufige Endkapital beträgt nur noch 10,4% des früheren RM-Eigenkapitals und wird als ungenügend bezeichnet. Die Generalversammlung nahm daher eine Erhöhung des Geschäftsanteils auf die frühere Höhe von 1000 DM vor. Die Geschäftsanteile werden 10:1 auf 308 000 DM umgestellt, 130 000 DM der gesetzlichen Reserve und 418 000 DM sonstigen Rücklagen zugewiesen. Die umgestellten Aktiva ergaben 887 000 DM. Hinzu kam von der LZB zur Verfügung gestellten 320 000 DM als Ausgleichsforderungen und 2,37 Mill. umgestellt. Rückstellungen mit 602 000 DM gebildet.

Die Geschäftsjahre bis Ende 1949 brachte eine starke Ausdehnung. Die Einlagen stiegen auf 17,16 Mill. Kredit- und Akzeptverpflichtungen auf 1,50 Mill. Anderserseits Debitoren 15,14 (0,16) Mill. Der Gewinn wurde mit 19 616 ausgewiesen.

Ende 1950 hatte sich die Bilanzsumme weiter auf 24,43 auf 31,76 Mill. erhöht. Die Finanzierungsaufgaben ließen die aufgenommenen Gelder und Eigenkapitale samt Darlehen auf 13,62 Mill. DM vermindern. Die Debitoren wurden auf 1,05 (2,79) Mill. vermindert, die Debitoren erhöhten sich auf 22,81 Mill. Aus dem Gewinn von 1949 und 1950 (42 848 DM) gehen je 10% an die Reserve und Betriebsrücklage, 3% Dividende den Rücklagen zugewiesen.

Der Bericht gibt eine eingehende Darstellung der Entwicklung der Genossenschaften mit der Zusammenfassung, daß die badischen Genossenschaften wieder ihre Stabilität und Rentabilität erreicht hätten. Das Geschäftsvolumen Ende 1950 entsprach etwa dem von 1937. Die Zahl der Mitglie-

## Keine Entspannung bei Papier

Mit einer besseren Belieferung der papierverarbeitenden Industrie des graphischen Gewerbes und der sonstigen Verbraucher mit Papier kann in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden, erklärte das badische Wirtschaftsministerium in einem Bericht. Die Versorgung der Papierindustrie mit Rohstoffen, vor allem mit Zellulose und Altpapier, werde immer kritischer. Der Auftragsbestand der Papierindustrie belaufe sich gegenwärtig auf 6 und mehr Monate. Bei Andauern des Einfuhrstopps der Produktion. Im ersten Quartal 1951 wurden in Südbaden rund 3910 t Papier hergestellt.

## Gegen die Sonderumsatzsteuer

Dem allgemeinen Protest gegen die Sonderumsatzsteuer schließt sich die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Württemberg-Baden an. Sie verweist darauf, daß die hochentwickelten Fertiger- und Konsumgüterindustrie des Landes mit der freiwilligen Investitionshilfe an der stoffindustriellen wesentliche finanzielle Pflichten zu tragen habe. An den aus dieser Investitionshilfe von den Grundstoffindustrien zu vergebenden Aufträgen werde die wertungsbereichsbadische Wirtschaft nur den geringsten Anteil haben. Dadurch erhöhten sich die Kosten der bedeutendsten Industrien des Landes zu bringen. Wenn die an der Investitionshilfe unverhältnismäßig stark beteiligten Hersteller belegt und damit in ihrer Produktion gedrosselt würden, so werde auch die Aufbringung der freiwilligen Investitionshilfe durch die betroffenen Wirtschaftszweige unmittelbar in Frage gestellt werden. Daneben müsse auf die verneinenden Folgen einer Sonderumsatzsteuer gerade für den Export württemberg-badischer Qualitätszeugnisse aufmerksam gemacht werden. Die Einführung einer Sonderumsatzsteuer und die bei der gegenwärtigen Kaufkraft der württembergischen Bevölkerung hierdurch zu erwartende Verringerung des Inlandumsatzes von Gütern des gehobenen Bedarfs würden zu einer strukturellen Veränderung und zu einer Lahmung vieler gerade in unserem Lande besonders wichtigen Wirtschaftszweige führen, deren Rentabilität im Interesse des Exports durch den Inlandumsatz gewährleistet sein müsse.

## Kohlenvorräte in England

Die kohleverbrauchende Industrie weist darauf hin, daß in den kohleproduzierenden Ländern Westeuropas im ersten Quartal 1951 fast 2,5 Mill. t Steinkohlen mehr gefördert wurden als in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahres. Das habe die Bundesrepublik mit 1,8 Mill. t Mehrproduktion im ersten Quartal 1951 gegenüber dem ersten Quartal 1950 erreicht. Die Kohlenproduktionen zusammengefaßt seien in den ersten drei Monaten des Jahres 1951 gegenüber dem ersten Quartal 1950 um 10% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Da jedoch die Preissteigerungen in den letzten zwölf Monaten diesen Prozentsatz überschritten, sei der Umsatz mengenmäßig niedriger als vor einem Jahr.

## Umsatzsteuer und Preise

Die Auswirkungen der erhöhten Umsatzsteuer auf die Endpreise hat der Arbeitskreis Konsumgüterindustrie im Bundesverband der deutschen Arbeiterkammern untersucht. Durch Rundfragen bei der optischen, Unter- und Bekleidungsindustrie und anderen Wirtschaftszweigen wurde festgestellt, daß eine Erhöhung der Umsatzsteuer um ein Prozent die Konsumentenpreise wahrscheinlich je nach Warenart um 1,5% bis 4% verteuern würde. Mit diesen Berechnungen wendet sich der Arbeitskreis gegen angebliche Behauptungen von amtlicher Seite, eine einprozentige Umsatzsteuererhöhung müsse eine Verteuerung der Konsumentenpreise von 10-15% nach sich ziehen. Wie der Arbeitskreis mitteilte, hat er anstatt der geplanten Sonderumsatzsteuer eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer um ein halbes Prozent vorgeschlagen. Diese würde einen Endverteuerung von 0,75-2% bedeuten. Dabei sei die Umsatzsteuer in allen Produktions- und Handelsstufen zu berechnen.

## Einigung über Olympia-Mannschaft

Das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik und das NOK der Sowjetunion haben sich in Lausanne geeinigt, gemeinsam eine deutsche Mannschaft für die Olympischen Spiele 1952 zuzustellen. Der Kanzler des Internationalen Olympischen Komitees, Otto Mayer, der diesen Beschluß bekanntgab, teilte ferner mit, daß die Komitees eine Fusion abgelehnt hätten. Das IOK werde in den nächsten Tagen weiterhin um eine Fusion der beiden deutschen Komitees bemüht sein, doch herrsche allgemein die Ansicht, daß es nicht dazu kommen werde. Wie Mayer weiter erklärte, haben die beiden Komitees gemeinsame Vergleichskämpfe west- und ostdeutscher Sportler, in denen sich die besten für die Olympiamannschaft qualifizieren würden.

## Schwaben Augsburg in Spanien

Die süddeutsche Fußball-Oberligamannschaft von Schwaben Augsburg unterlag in Barcelona dem FC Espanol mit 2:4 (1:1) Toren. Die Augsburgs gingen zweimal durch Strittmatter und Bestie in

## den dürfte ein derartiges Rennen nicht als Meisterschaftslauf gewertet werden. Man entwertet damit nicht nur den Meistertitel sondern auch den Sport.

Die deutsche Mannschaftsmehrmehrheit im Gewerbebereich sollte am 4. April abgeschlossen sein. Schaffen sie sich, wie sie keine Aussichten hatten, TSV München und Essen zu gewinnen, erwartete ins Finale. Den Vorkampf in Witten, der die Westfalen. Die Bayern wollten sich am Sonntag revanchieren. Sie wurden am Freitagabend durch ein Telefongespräch verständigt, daß die Essener Staffeln am Wochenende einen schon lange geplanten Freundschaftskampf in Trier absolvieren werde. Inzwischen wurde zu Treffen ausgetragen. München wendete sich protestierend an den Deutschen Athletenbund, der nach sportlichen Gesetzen nicht anders entscheiden dürfte, als München die Meisterschaftswürde zuzusprechen und Essen exemplarisch zu bestrafen. P. S.

## Kreuz und quer durch alle Sportarten

Roderich Menzel (München), Shirley Fry (USA), Margaret du Pont/Thelma Long (USA/Australien) und Doris Hart/Dick Savitt (USA) heißen die Sieger in den Endrunden des großen internationalen Tennisturniers des HTHC in Hamburg.

Die 17. Rheinstaffel, die unter Beteiligung von 142 Mannschaften und 1783 Läufern von Düsseldorf-Oberkassel über 7,6 km zum Rheinstadion gelaufen wurde, endete mit einem Erfolg von Rot-Weiß Oberhausen, die mit einem vierten Male hintereinander siegreich blieb. Die Oberhausener gewannen in 17:09,5 Minuten vor Preußen Krefeld (17:22) und dem VfL Gevelsberg (17:27).

Hans Ertl vollbrachte eine beachtliche alpine Leistung, als er vor kurzem den 6730 m hohen Illanpu in den Anden (Ecuador) erstmals bestieg. Ertl benötigte drei Tage zur Bewältigung des Gebirgskreuzes.

Als deutsche Teilnehmer für die vom 16./23. Juni stattfindende Schweizer Radrennfahrt sagten sich Heini Schwarzer (Hannover), Matthias Pfannenmüller (Nürnberg), Heinz Müller (Schwinnigen), Valentin Petri (Wiesbaden) und Fritz Sieferl (Dortmund).

Ein Treffen zwischen der amerikanischen Meisterschafts- und den europäischen Meistern ist von den „Berliner Wasserratten“ am 7./8. Juli in Berlin vorgesehen.

## Mühlburg A-Jugend im Endspiel

Mühlburg A. — Steinsfurt A. 5:0, SC Pforzheim B. — Oberhausen B. 5:0, FC Pforzheim C. Zuzenhausen C. 4:2. Der letztjährige badische Jugendmeister erreichte in einem sehr guten Spiel gegen die Sinsheimer Meister einen auch in dieser Höhe verdienten 5:0-Erfolg und damit das Endspiel um die badische Meisterschaft. Etwas zu hoch gewann die technisch gut beschlagene Elf von SC Pforzheim gegen die keineswegs schlechten Oberhausener. Die Schüler des FC Pforzheim hatten es vor der Pause in der Hand, ein hohes Ergebnis herauszuholen, mußten jedoch gegen Ende hart um den verdienten Sieg kämpfen.

## Sport-Streiflichter

### Auch Nordbaden will Zusammenschluß

Der Sportbezirk Baden-Baden will aus wirtschaftlichen Gründen den sofortigen Zusammenschluß mit dem nordbadischen Fußballverband. Das haben die Vereine Mittelbadens am Sonntag in Kuppenheim erneut klar zum Ausdruck gebracht. Man richtete eine Resolution an den Südbadischen Fußballverband und forderte die für die Spielzeit 1952/53 vorzustehende Verschmelzung des nord- und südbadischen Fußballverbandes bereits für die kommende Spielzeit. Der gesamtbadische Fußballbund ist nicht nur der Wunsch der Südbadener, sondern auch der Unterländer. Es scheint jedoch nicht bekannt zu sein, daß Professor Glaser-Freiburg, der Vorsitzende des südbadischen Verbandes, die Vereinigung mit der Bedingung einer sich über das ganze Land Baden erstreckenden Amateurliga verknüpft hat. Damit wären erhebliche Reisekosten verbunden. Konstanz-Mannheim und umgekehrt würde von den Vereinen mehr fordern, als sie einnehmen. Die Vertreter Nordbadens stehen mit Recht auf dem Standpunkt, daß man darüber die Vereine beim Verbandstag entscheiden lassen soll, denn sie haben auch die finanziellen Belastungen zu tragen. Der Nordbadische Fußballverband ist bereit, die mittelbadischen Vereine ab der nächsten Spielzeit in die Verbandsspiele der nordbadischen Amateurliga einzubeziehen. Im übrigen streben die Unterländer vor Jahren schon eine Vereinigung an, aber damals wollte der Süden nicht, weil einige Vereine der ersten Zonenliga angehörten. Der Nordbadische Fußballverband hat seinen Standpunkt nicht geändert und stimmt auch einem sofortigen Zusammenschluß zu. Man will aber nicht über die Vereine hinweg einer gesamtbadischen Amateurliga zustimmen, die finanziell nicht tragbar erscheint und schlug vor, es bei zwei Staffeln zu belassen.

### Meisterschaften ohne Meister

Man sollte mit der Vergabe von Meistertiteln nicht so freigiebig sein. Das Publikum ist

oft viel feinfühler als der Veranstalter animmt. Daß die Massenanhänger im Sport eine sehr wichtige Rolle spielen, ist bekannt. Es ist aber ebenso bekannt, daß der Zuschauer im sportlichen Leistungen abhängt. Kürzlich starteten bei einem Rennen vier Sportwagen. Im Programm stand Meisterschaftslauf. Zwei Wagen schieden aus, ein Rennen richtig begonnen hatte. Die beiden restlichen verbrachten mehr Zeit an der Boxen als auf der Rennstrecke. Einer wurde dann aus der Bahn genommen, weil er bei einem Halt die Bahn verlassen hatte. Der andere hielt gerade wieder an den Boxen, setzte dann aber, die Situation plötzend, die Fahrt mit stolterem Motor fort. Er erreichte nach Goebels Erikönig den Hof mit Mühe und Not. Sechs Runden (10 waren vorgesehen) genüht für den Sieg und sechs Meisterschaftspunkte. Aus rein sportlichen Gründen dürfte ein derartiges Rennen nicht als Meisterschaftslauf gewertet werden. Man entwertet damit nicht nur den Meistertitel sondern auch den Sport.

### Einigung über Olympia-Mannschaft

Das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik und das NOK der Sowjetunion haben sich in Lausanne geeinigt, gemeinsam eine deutsche Mannschaft für die Olympischen Spiele 1952 zuzustellen. Der Kanzler des Internationalen Olympischen Komitees, Otto Mayer, der diesen Beschluß bekanntgab, teilte ferner mit, daß die Komitees eine Fusion abgelehnt hätten. Das IOK werde in den nächsten Tagen weiterhin um eine Fusion der beiden deutschen Komitees bemüht sein, doch herrsche allgemein die Ansicht, daß es nicht dazu kommen werde. Wie Mayer weiter erklärte, haben die beiden Komitees gemeinsame Vergleichskämpfe west- und ostdeutscher Sportler, in denen sich die besten für die Olympiamannschaft qualifizieren würden.

### Schwaben Augsburg in Spanien

Die süddeutsche Fußball-Oberligamannschaft von Schwaben Augsburg unterlag in Barcelona dem FC Espanol mit 2:4 (1:1) Toren. Die Augsburgs gingen zweimal durch Strittmatter und Bestie in

### den dürfte ein derartiges Rennen nicht als Meisterschaftslauf gewertet werden. Man entwertet damit nicht nur den Meistertitel sondern auch den Sport.

Die deutsche Mannschaftsmehrmehrheit im Gewerbebereich sollte am 4. April abgeschlossen sein. Schaffen sie sich, wie sie keine Aussichten hatten, TSV München und Essen zu gewinnen, erwartete ins Finale. Den Vorkampf in Witten, der die Westfalen. Die Bayern wollten sich am Sonntag revanchieren. Sie wurden am Freitagabend durch ein Telefongespräch verständigt, daß die Essener Staffeln am Wochenende einen schon lange geplanten Freundschaftskampf in Trier absolvieren werde. Inzwischen wurde zu Treffen ausgetragen. München wendete sich protestierend an den Deutschen Athletenbund, der nach sportlichen Gesetzen nicht anders entscheiden dürfte, als München die Meisterschaftswürde zuzusprechen und Essen exemplarisch zu bestrafen. P. S.

### Kreuz und quer durch alle Sportarten

Roderich Menzel (München), Shirley Fry (USA), Margaret du Pont/Thelma Long (USA/Australien) und Doris Hart/Dick Savitt (USA) heißen die Sieger in den Endrunden des großen internationalen Tennisturniers des HTHC in Hamburg.

Die 17. Rheinstaffel, die unter Beteiligung von 142 Mannschaften und 1783 Läufern von Düsseldorf-Oberkassel über 7,6 km zum Rheinstadion gelaufen wurde, endete mit einem Erfolg von Rot-Weiß Oberhausen, die mit einem vierten Male hintereinander siegreich blieb. Die Oberhausener gewannen in 17:09,5 Minuten vor Preußen Krefeld (17:22) und dem VfL Gevelsberg (17:27).

Hans Ertl vollbrachte eine beachtliche alpine Leistung, als er vor kurzem den 6730 m hohen Illanpu in den Anden (Ecuador) erstmals bestieg. Ertl benötigte drei Tage zur Bewältigung des Gebirgskreuzes.

Als deutsche Teilnehmer für die vom 16./23. Juni stattfindende Schweizer Radrennfahrt sagten sich Heini Schwarzer (Hannover), Matthias Pfannenmüller (Nürnberg), Heinz Müller (Schwinnigen), Valentin Petri (Wiesbaden) und Fritz Sieferl (Dortmund).

### Mühlburg A-Jugend im Endspiel

Mühlburg A. — Steinsfurt A. 5:0, SC Pforzheim B. — Oberhausen B. 5:0, FC Pforzheim C. Zuzenhausen C. 4:2. Der letztjährige badische Jugendmeister erreichte in einem sehr guten Spiel gegen die Sinsheimer Meister einen auch in dieser Höhe verdienten 5:0-Erfolg und damit das Endspiel um die badische Meisterschaft. Etwas zu hoch gewann die technisch gut beschlagene Elf von SC Pforzheim gegen die keineswegs schlechten Oberhausener. Die Schüler des FC Pforzheim hatten es vor der Pause in der Hand, ein hohes Ergebnis herauszuholen, mußten jedoch gegen Ende hart um den verdienten Sieg kämpfen.

## Toto-Quoten

West-Süd-Block: Zwölferwette: 1. Rang 67 Gew. je 3908,20 DM, 2. Rang 2553 Gew. je 102,40 DM, 3. Rang 31469 Gew. je 8,10 DM, 4. Rang 36 Gew. je 1065 DM, 2. Rang 4859 Gew. je 34,50 DM, 3. Rang 4624 Gew. je 3,40 DM.

Rheinland-Pfalz: Zwölferwette: 1. Rang 19 Gew. je 1330,65 DM, 2. Rang 456 Gew. je 27,70 DM, 3. Rang 4882 Gew. je 2,80 DM, 4. Rang 20226 Gew. je 1,28 DM, Zehnerwette: 1. Rang 91 Gew. je 546,50 DM, 2. Rang 2253 Gew. je 22,25 DM, 3. Rang 22605 Gew. je 2,20 DM, Kleintip: 21 Gew. je 408,90 DM.

Rhein-Ruhr-Tip: 845 Gew. je 28,50 DM.

Bayern: Zwölferwette: 1. Rang (12 richtige Tips) 1058 Gew. je 100,10 DM, 2. Rang 17986 Gew. je 6,50 DM, 3. Rang 60900 Gew. je 2,50 DM, Zusatzwette: 1. Rang (neun richtige Tips) 324 Gew. je 64,20 DM, 2. Rang 4490 Gew. je 4,90 DM, 3. Rang internationale Zehn: 1. Rang (10 richtige Tips) 3 Gew. je 4138 DM, 2. Rang 106 Gew. je 119,20 DM, 3. Rang 1242 Gew. je 10,10 DM.

Nordblock: 1. Rang 65 Gew. je 5 105 DM, 2. Rang 1698 Gew. je 195 DM, 3. Rang 18848 Gew. je 17,50 DM, Niedersächsische Zusatzwette: 59 Gew. je 363,50 DM.

## Unser Tip

- Schalke 04 — Spvgg Fürth 1 0
- 1. FC Kaiserslautern — FC St. Pauli 1 1
- Hamburger SV — Preußen Münster 1 1
- 1. FC Nürnberg — Tennis Borussia Berlin 1 1
- Ostereich — Schottland 2 1
- Spvgg Erkenschwick — Borussia Dortmund 0 2
- FK Firmasens — VfR Mannheim 1 1
- SSV Weß-Essen — Alem. Aachen 1 0
- TuS Wuppertal — RW Oberhausen 0 2
- TuS Niederrhein — Darmstadt 98 1 0
- SV Wiesbaden — Pforzheim 1 1
- Werder Bremen — Rot-Weiß Essen 1 1
- Hessen Kassel — VfB Stuttgart 1 1
- SV Södingen — Preußen Delbrück 2 2



